Hamburg, 5. Mai 1895. Nr. 18. 3. Jahrgang.

Holzarbeiter-Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes
sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich.
Abonnementspreis M. 1.— pro Quartal.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.
Post-Nr.: 3220.

Herausgeber: B. Grosse in Hamburg.
Verantwortlich für die Redaktion: A. Röske, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigentheil: H. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstraße 10.

Inserate f. d. viergespalt. Petitzeile od. deren Raum 30 ₰,
Vergnügungs-Anzeigen 15 ₰, Versammlungs-
Anzeigen und Stellenvermittelungen 10 ₰ pro Petitzeile.
Beilagen nach Uebereinkunft.

Kollegen! Gedenket der 900 Ausständigen in Schmölln!

Inhalt: Die Gewerkschaften in Sachsen. — Die Zünftler in Halle. — Zum Knopfarbeiterausstand in Schmölln. — Erster Verbandstag des deutschen Holzarbeiter-Verbandes. — Sozialpolitische Rundschau. — Verband deutscher Holzarbeiter: Bekanntmachung des Ausschusses. — Korrespondenzen. — Eingesandt. — Verband deutscher Korbmacher. — Streiks und Lohnbewegung. — Gewerkschaftliches. — Gerichts-Chronik. — Literarisches. — Briefkasten. — Abrechnung der Zentral-Kranken- und Sterbekasse deutscher Korbmacher. — Versammlungs-Anzeiger. — Anzeigen.

Lohnbewegung.

Zuzug ist fernzuhalten: Von Tischlern nach **Varel** (Tietjen's Werkstatt), **Rohrbach** bei St. Ingbert (Wagner's Werkstatt), **Bunzlau i. Schl.** (Kählich's Werkstatt) und **Bern** in der Schweiz (Firma Marzili); von Bildhauern und Kehlern nach **Lauterberg** (Hillegeist); von Drechslern nach **Lübben** (P. Lindemann); von Steinnuß- und Hornknopf-Drechslern nach **Schmölln in S.-A.**

Wir erwarten aus vorstehenden Orten mindestens alle zwei Wochen eine Mittheilung über den Stand des Streiks oder die Aussperrung; im anderen Falle streichen wir die Orte ohne Weiteres. Die Red.

Die Gewerkschaften in Sachsen.

u. Die sächsische Organisation ist seit Langem ein Schmerzenskind unserer Bewegung. Beeinflußt durch die Bestimmungen der §§. 24 und 25 des sächsischen Vereinsgesetzes, und noch mehr, durch deren rigorose Handhabung seitens der verschiedenen Behörden haben die Gewerkschaften in Sachsen seit ihrer allgemeinen Auflösung unter dem Sozialistengesetz nur unter sehr erschwerenden Umständen und in höchst beschränkter Form Fuß fassen können, und wenn wir hier trotzdem ein sehr reges und hochentwickeltes gewerkschaftliches Leben haben, so ist dies dem industriellen und gewerblichen Charakter des Landes zu danken, der der Produktion desselben seinen Stempel aufdrückt, und nicht zum wenigsten auch dem Klassengeist unserer Arbeiter, der alle reaktionären Unterdrückungsgelüste zu Schanden werden läßt.

So blühten die Gewerkschaften, trotz unzähliger Chikanen und Auflösungen, immer von Neuem empor; der Form aber, die ihnen das Vereinsgesetz vorschrieb, mußten sie sich anbequemen, da sie ihren Bestand nur behaupten konnten, je weniger sie den Behörden angreifbare Blößen zeigten. Da § 24 das Recht der Zweigvereinsbildung und des Inverbindungtretens mit anderen Vereinen an die staatliche Verleihung der Körperschaftsrechte und an eine besondere ministerielle Erlaubniß knüpft, alles Vorzüge, die nur wenigen Gewerkvereinen erreichbar sind, und des Weiteren § 25 zuwiderhandelnde Vereine mit Auflösung und Bestrafung der Mitglieder bedroht, so können unsere Gewerkschaften von obigen Rechten keinen Gebrauch machen, umsoweniger, als die Behörden jede Zahlstelle oder Filiale eines deutschen Verbandes als derartigen Zweigverein auffassen und deren Einrichtung verbieten. Zwar kommt auch in dieser behördlichen Auffassung die vielgerühmte sächsische Latitude (Bewegungsfreiheit, Spielraum) zum Ausdruck, indem thatsächlich in Sachsen bis in die letzte Zeit und auch jetzt noch eine Anzahl wirklicher Zahlstellen deutscher Gewerkschaftsverbände, die keine Korporationsrechte besitzen, sich ungehindert ihres freilich immer problematischen Daseins erfreut; doch hat namentlich in allen größeren Städten und Industriebezirken die schärfere Auffassung den Sieg davongetragen.

Unter solchen Umständen kam für die Gewerkschaften zunächst nur die Lokalorganisation als Fachverein in Betracht, welche sich jeder Verbindung mit anderen Vereinen streng enthalten mußte. Aber nach § 22 sind in Sachsen zur Stiftung und Theilnahme nur mündige, über 21 Jahre alte Personen berechtigt, was dazu führte, daß die sächsischen Fachvereine alle minderjährigen Berufskollegen, deren Gewinnung und Organisation doch gerade eine der Hauptaufgaben der Gewerkschaften bildet, zurückweisen mußte. So war der sächsische Fachverein von je her ungenügend zur Erfüllung unserer gewerkschaftlichen Aufgaben; er bedurfte einer Ergänzung oder eines völligen Ersatzes. Zunächst einer Ergänzung, indem man die minderjährigen Kollegen veranlaßte, Einzelmitglieder der deutschen Verbände zu werden, welche an Leistungen und Mittel die lokalen Fachvereine von je her überragten. Da sich im ganzen sächsischen Vereinsgesetz keine auf solche Einzelmitglieder anwendbare Bestimmung findet, (wahrscheinlich legte man solchen 1850 keine besondere Bedeutung bei), so konnte die Einzelmitgliedschaft auch in keiner Weise angegriffen werden. Aber auch den älteren Fachvereinsmitgliedern mußte der Vorzug der Zentralverbände klar werden, sodaß Viele der Zentralisation, als auch dem Lokalverein angehörten, welch Letzterer im Hinblick auf seine geringen Leistungen auch nur minimale Beiträge forderte. Die Einzelmitglieder zahlten ihre Beiträge an einen vom Verbandsvorstand ernannten Bevollmächtigten, der auch das Verbandsorgan Jedem zustellte und etwaige Unterstützungen auszahlte.

Auch dieser Bevollmächtigte war nur Einzelmitglied, konnte daher mit jedem anderen Einzelmitglied oder Kollegen in Verbindung treten, Versammlungen einberufen u. dergl., ohne mit dem Vereinsgesetz im Geringsten zu kollidiren. Die Einzelmitglieder erfuhren die Abrechnungen, Mitgliederfrequenz ꝛc. in öffentlichen Versammlungen, und faßten dort die Kollegen auch Beschlüsse, welche der Bevollmächtigte zur Kenntniß nahm. Eine Zeit lang duldeten die Behörden die Einberufung öffentlicher Einzelmitgliederversammlungen, in welchen die Mitglieder ganz unter sich waren. Hier wurden Statuten berathen, Delegirte gewählt, Anträge beschlossen usw., ohne auf irgend welche behördliche Bedenken zu stoßen.

Plötzlich jedoch änderte sich der Wind. Die Behörden erblickten in diesen öffentlichen Einzelmitgliederversammlungen Sitzungen eines nicht angemeldeten Vereins, als dessen Vorsitzender sich der Verbandsbevollmächtigte qualifizirte, und der mit einem anderen Vereine, dem Verbande, in ständiger Verbindung stand. Ergo wurden diese Versammlungen als Sitzungen einer nach dem Gesetz zu verbietenden Zahlstelle verboten. Die Einzelmitglieder wurden mit ihren Angelegenheiten auf die öffentlichen Berufsversammlungen verwiesen, wo die Behörden sie durch die Masse der den Verbänden fernstehenden Arbeiter gleichsam zu erdrücken gedachten. Aber die Einzelmitgliedschaft und der Verbandsbevollmächtigte konnten nicht angetastet werden.

Nunmehr vollzog sich unter den Gewerkschaften Sachsens der große Umschwung, der in die letzten vier Jahre fiel. Die Behörden mögen sich in ihren Voraussetzungen gründlich getäuscht haben, denn das direkte Gegentheil derselben trat ein. Man gedachte die Verbandsmitglieder mit ihren Angelegenheiten kalt zu stellen, aber bald beherrschten dieselben alle öffentlichen Berufsversammlungen, denen sie vollständig ein außersächsisches Gepräge aufdrückten. Die Mitgliederzahl der Verbände wuchs zusehends, die Fachvereine wurden zu untergeordneten Faktoren mit Minimalbeträgen, die man nur deshalb nicht völlig sinken ließ, weil man eben glaubte, Vereine seien unentbehrlich.

Aber mit dieser Bedeutung fiel auch ihre Existenz. Sie hatten ihre Aufgabe längst erfüllt, soweit sie in ihrer Beschränktheit dieselbe erfüllen konnten, sie boten fortwährend Gefahr, bei dem geringsten Zeichen eines Zusammenarbeitens mit den Verbänden behördliche Eingriffe hervorzurufen; sie waren infolge ihrer geringen Beiträge beliebt bei jenen Drückebergern, welche unter den nichtigsten Ausreden einer ordentlichen Organisation fernbleiben und nun den billigen Vorwand hatten, bereits organisirt zu sein. „Ich bin ja im Fachverein. Was nützt mir der Verband? Das ist blos etwas für die jungen Leute!"

Diese gefährliche Nebenbuhlerschaft, die jeder Vertiefung der gewerkschaftlichen Kämpfe im Wege stand, war also mehr als überflüssig geworden. Zugleich dokumentirte der Fachverein eine Unterstellung unter die fesselnden vereinsgesetzlichen Bestimmungen, eine Unterstellung unter den übermächtigen Einfluß der Behörden, dem man sich je eher, je besser entziehen mußte. Das Heil lag allein in den Lücken des Vereinsgesetzes, in der außersächsischen Organisation, welche mit Hülfe des Vertrauensmännersystems seinen siegreichen Einzug in Sachsen gefeiert hatte. Das Letztere funktionirte so sicher und ausgezeichnet, daß man ruhig die sächsischen Vereine über Bord werfen konnte, und mit ihnen flogen über Bord jene Einschränkungen des Vereinsgesetzes. Das war der Sieg der Organisationsidee über die juristische Form. Die Arbeiter hatten sich von dem einschnürenden Begriff „Verein" freigemacht; sie brauchen keine Vereine mehr, die blos den Behörden unnöthige Handhabe geben, ihre Maßnahmen einzuschränken, und die schlimmsten Bestimmungen des Vereinsgesetzes wurden durch diese Taktik überflüssig gemacht.

Aber dieser Strich durch die reaktionäre Rechnung blieb ihnen nicht geschenkt. Konnte man auch zunächst der neuen Gestaltung der Dinge nichts anhaben, so warteten doch die Behörden augenscheinlich auf jede Gelegenheit zum Eingreifen, und die öffentlichen Versammlungen wurden auf's Peinlichste überwacht und darüber Akten geführt. Es kam nur auf eine neue Interpretation des Vereinsgesetzes an, um diesem wieder die nöthige Geltung zu verschaffen, und eine solche war bald gefunden. Die Chemnitzer Polizeidirektion löste im Vorjahre die dortige Parteiorganisation auf, indem sie den Vertrauensmann der Partei als Leiter der lokalen Genossen, die öffentlichen Parteiversammlungen als Mitgliederversammlungen eines politischen Vereins bezeichnete, der gegen § 24 des sächs. V.-G. verstoße.

Diese Interpretation war auch anderen Behörden willkommen; sie hat weit über Sachsen's Grenzen hinaus Aufsehen und als Auflösung eines Vertrauensmannes berechtigten Spott erregt. Auf die Gewerkschaften angewandt, brachte sie die Behörden zu folgender Kalkulation: Der Vertrauensmann ist nicht blos als bevollmächtigtes Einzelmitglied, sondern als Vertrauensmann und Leiter der örtlichen Einzelmitglieder zu betrachten; da jedoch nach behördlicher Auffassung hinter einem Leiter allemal ein Verein steht, der sich hier mit öffentlichen Angelegenheiten befaßt, nicht angemeldet ist (§ 19) und mit dem Verbande in ständiger Verbindung steht, so folgerte man daraus auf das Vorhandensein

einer verbotenen Zahlstelle, die gemäß den §§ 25 und 31 aufzulösen ist. In Wirklichkeit handelt es sich hierbei um nichts als um ein juristisches Kunststückchen, denn wo ein Verein oder eine Zahlstelle nicht besteht, da hat auch deren Auflösung nicht den geringsten Werth; es handelt sich lediglich um die Aufhebung des Vertrauensmannes, dieses unangreifbaren Mittelgliedes zwischen den sächsischen Mitgliedern und dem bösen ausländischen Verbande.

Aber einen Vertrauensmann aufzulösen, ist schlechterdings unmöglich, auch für den kniffligsten Juristenwitz. Daher die doppelte Präparirung des Bevollmächtigten zum Leiter, und der öffentlichen Versammlungen zu Mitgliederversammlungen, um daraus einen Begriff zu konstruiren, mit welchem die Behörden Alles machen können, einen Verein.

Wie wenig sich durch solche Maßnahmen Das unterdrücken läßt, worauf es eigentlich abgesehen war, ist ohne Weiteres einleuchtend; indeß genügten sie, den Gewerkschaften in Sachsen Knüppel zwischen die Beine zu werfen und ihren Mitgliederbestand zu gefährden. So wurden im Vorjahre in Chemnitz, Zwickau und in der Umgegend daselbst eine Reihe von „Zahlstellen" des deutschen Textilarbeiter- und des deutschen Metallarbeiterverbandes aufgelöst und diese Maßnahmen durch gerichtliche Urtheile bestätigt. Ein Vorstandsmitglied des letzteren Verbandes unterhandelte daraufhin mit den betreffenden Behörden behufs Sicherung des Bestandes der Einzelmitglieder; demselben wurde seitens der Polizeidirektion, als auch der königl. Amtshauptmannschaft zu Chemnitz die Erklärung zu Theil, daß beide Behörden sowohl in der Erörterung öffentlicher Angelegenheiten in den öffentlichen Versammlungen neben der von Verbandsangelegenheiten, als auch der Selbstständigkeit des Vertrauensmannes bez. der Mitgliederaufnahme (?) und der eigenmächtigen Verfügung über einen Theil der Beiträge (?) und in dem Vorschlagsrecht der Einzelmitglieder bei der Ernennung der Bevollmächtigten die Kriterien einer „Zahlstelle" erblicken müßten, die keineswegs zu dulden sei, daß aber beide Behörden nichts gegen die einfache Ernennung eines Bevollmächtigten zur Einziehung der Beiträge, Vertheilung der Zeitungen und zur Vermittelung des Verkehrs zwischen dem Verbandsvorstande und den Einzelmitgliedern einwenden könnten, wenn der Betreffende vom Vorstande für jede der einzelnen Handlungen besonders ermächtigt würde. Ferner würden auch die Versammlungen der Einzelmitglieder, sofern in ihnen keine politischen Angelegenheiten erörtert würden, unbeanstandet bleiben. In gleicher Weise folgerten auch die schöffengerichtlichen Urtheile von Hohenstein und Stollberg vom 21. und 25. September 1894 die Straflosigkeit und Nichtbeanstandung des Vertrauensmännersystems, wenn es sich blos um Bevollmächtigte des Vorstandes, nicht um solche der Mitglieder handele.

Von den Führern der sächsischen Gewerkschaftsbewegung ist dieser korrekte Standpunkt nie verlassen worden, denn wer das sächsische Vereinsgesetz kennt, weiß sich darnach zu richten. Ob hier und da einzelne Mitglieder, denen jede tiefere Kenntniß mangelt, diese lose Organisation, die trotzdem gut funktionirte, als eine Zahlstelle nach Analogie anderer örtlicher Organisationen in Deutschland ansah, kann doch vernünftiger Weise nicht in Betracht kommen, denn hier handelt es sich nicht um den Schein, sondern um das Wesen. Immerhin bezeichneten diese behördlichen Erklärungen genau den ferneren gangbaren Weg für die Ausbreitung der Gewerkschaften in Sachsen. Die Bevollmächtigten wurden zum Theil neu ernannt und alle mit den eingehendsten Instruktionen für jede ihrer Handlungen versehen, und in den öffentlichen Versammlungen wurden keine Verbandsangelegenheiten neben politischen erörtert, um den Behörden keine neue Handhabe zu bieten. Aber doch handelte es sich bei obigen Erklärungen nur um die Auffassung einiger Unterbehörden, die für die übrigen so lange nicht maßgebend zu sein braucht, als nicht eine vorgesetzte Behörde sich mit deren Standpunkt identifizirt. Das war aber nicht der Fall und wird in bestimmter Form noch kaum geschehen, da dies der vielbeurteilten Latitude der Unterbehörden Eintrag thun würde.

So kehrte sich denn die Leipziger Polizeidirektion wenig an die Zusage der Gestattung der Einzelmitgliederversammlungen, weil dies ihrer langjährigen Praxis widerspreche; sie duldete auch fernerhin nur öffentliche Versammlungen, in denen allerdings die politischen von den Verbandsangelegenheiten getrennt gehalten wurden. Damit war jedoch der Friede noch keineswegs endgültig hergestellt; vielmehr war schon der blühende Mitgliederbestand der außersächsischen Organisation der Behörde Grund genug, auf weitere Maßnahmen zu sinnen. Und die Gelegenheit dazu bot sich der Leipziger Polizeidirektion, als im Januar d. J. die Vorstände einiger deutscher Gewerkschaftsverbände die Wahlen zu den bevorstehenden Verbandstagen vorbereiteten, an denen sich auch die sächsischen Einzelmitglieder nach Maßgabe der Statuten betheiligen wollten. Jetzt wurde die langvorbereitete Schlinge zugezogen, die Vertrauensmänner zu Leitern eines bestehenden Einzelmitgliedervereins, der sich, wie eine Reihe öffentlicher Versammlungen (!) ergeben habe, mit politischen Angelegenheiten beschäftigt habe, erklärt und das Ganze als verbotene Zahlstelle aufgelöst. Die Vertrauensmänner des Holzarbeiter- und des Metallarbeiterverbandes als auch des Glaserverbandes verfielen diesem Schicksal. Gleichzeitig aber wurden diesen Berufen auch die weiteren Versammlungen verboten und dieselben erst freigegeben, wenn auf deren Tagesordnung die Erörterung von Verbandsangelegenheiten unterblieb. Jede trotzfallsige Behandlung solcher Internas wurde mit sofortiger Versammlungsauflösung bedroht; wie es scheint, handelt es sich hierbei nicht blos um eine vorübergehende Handlung, sondern um eine Unterdrückung solcher Erörterungen für alle Zukunft. Kann man das Koalitionsrecht der Arbeiter auch nicht völlig suspendiren, so will man doch die Agitation für die verhaßten Zentralverbände so viel als möglich unterdrücken, ganz gleich, ob andere Behörden darüber anders denken.

Das ist die gegenwärtige Situation der Gewerkschaften in Sachsen. Es ist nicht lediglich der scharfe Kurs, der die kommende Umsturz-Aera vorbereitet oder daran Gefallen findet, durch Demonstration der Tragweite des sächsischen Vereinsgesetzes die Entbehrlichkeit der Umsturzvorlage nachzuweisen und den anderen Staaten ein nachahmenswerthes Beispiel zu geben — nein, es ist der rücksichtslose Kampf um's Recht, der jahrelange Kampf für und gegen das Koalitionsrecht der sächsischen Arbeiter, der hier wieder einmal aufflammt. Das sächsische Vereinsgesetz ist eine Fessel für die Koalitionsfreiheit der Arbeiter. Seine Stärke liegt sowohl in seiner Fassung, als in der Latitude der Behörden; seine Schwäche liegt in seinen Lücken. Durch diese Lücken herein dringt der Genuß dessen, was die Arbeiter im übrigen Deutschland an Koalitionsfreiheit besitzen. Der Kampf um's Recht ist der Kampf um die Offenhaltung dieser Lücken. Die Behörden haben kein Recht, diese Lücken zu schließen, und doch lehnen sie sich mit Energie gegen das Ueberflüssigwerden des Vereinsgesetzes auf. Daher ihre Interpretationen, die alle nicht ausreichen, das Eine zu verhindern, das Vertrauensmännersystem, daher ihre Auflösungen nicht vorhandener „Zahlstellen", die das Andere nicht zerstören, die Einzelmitgliedschaft zu außersächsischen Verbänden.

Was thun in dieser Situation? Sollen wir zu den beschränkten lokalen Fachvereinen zurückkehren, zu den gesetzlich kastrirten Gebilden, die uns nie und zu keiner Zeit Genüge leisten konnten? Sollen wir wirklich unter die Herrschaft der §§ 22, 24 und 25 des sächsischen Vereinsgesetzes zurückkehren, deren Bevormundung wir glücklich entrathen waren, und uns als gut sächsische vereinsgesetzliche Vereine konstituiren mit dem Verzicht auf Alles, was es außerhalb der Stadtmauern und der grün-weißen Grenzpfähle Gutes und Nützliches giebt? Mit nichten. Der sächsische Verein, den wir uns schon nicht anders als mit Fußangeln und Halseisen versehen vorstellen können, muß ein überwundener Standpunkt bleiben, wie die ihm anhaftenden Bestimmungen des Vereinsgesetzes. Er gefährdet mit seinen niedrigen Beiträgen jede höher entwickelte Kampforganisation, er fördert mit seinen geringen Leistungen die Vereinsmeierei. Auch als ergänzendes Zwischenglied ist er unbrauchbar und gefährdend. Er ist das verwerfliche Prinzip der Beugung unter die Reaktion. Darum fort mit ihm. Die Einzelmitgliedschaft zur Zentralisation befreit uns von diesen Beschränkungen —, das Vertrauensmännersystem erübrigt jeden Verein; ihre Ausbreitung muß daher allen Arbeitern am Herzen liegen. Der Kampf um das Koalitionsrecht in Sachsen ist der Kampf um die Lücken des Vereinsgesetzes, der Kampf um das noch bestehende Recht der außersächsischen Zentralverbände. Diesen Kampf müssen die Gewerkschaften muthig aushalten, nicht durch Unterbergung unter das Vereinsgesetz, sondern durch zähe Vertheidigung der Lücken desselben. Ihr sächsischen Holzarbeiter, die Ihr zu Tausenden abseits der Organisation Eurer Berufsgenossen geblieben seid, kämpft um Euer Koalitionsrecht! Werbet und werbet Mitglieder für den Deutschen Holzarbeiterverband! Das ist die beste Antwort auf die Auflösung Eurer Vertrauensmänner!

Die Zünftler in Halle.

Sie waren wieder einmal beisammen, um zu zetern, zu klagen und zu — drohen; wenn ihren Wünschen nicht Rechnung getragen werde. Es ist ja nur zu bekannt, daß die Herren bei jeder Gelegenheit, die sich ihnen auf ihren „Tagen" bot, damit drohten, zu den Sozialdemokraten überzugehen, wenn man sich des armen Handwerks nicht besser annähme, so weit aber, wie auf dem letzten Tage in Halle, ging ihre Drohung noch nicht, daß man allen Ernstes den Sturz eines Ministers, der nun einmal den zünftlerischen Anmaßungen nicht Folge giebt, herbeiwünschte.

Aus den Verhandlungen, die wir in kurzen Umrissen hier beleuchten wollen, geht in der Hauptsache, wie wir schon oft sagten, auf's Neue hervor, daß die Zünftler nicht verstehen, sich in die nun einmal bestehenden Verhältnisse hineinzufinden, sich denselben anzupassen.

Die immer wiederkehrenden Forderungen und die stete ablehnende Antwort der Regierung, und trotzdem immer erneute Wiederholung der Wünsche, haben dazu beigetragen, daß alle Welt, mit Ausnahme der Zünftler und jener Leute, die dieselben als Stimmvieh gebrauchen, die Führer der zünftlerischen Bewegung für nichts weniger als ernste Männer hält. Unwillkürlich neigt man der Ansicht zu, daß man es mit phrasenhaften Polterern zu thun hat, die entweder nicht einsehen können, daß ihre Bestrebungen unerfüllbar sind oder aber Gefallen daran finden, von Zeit zu Zeit sich auf der Bühne der Handwerkertage als Tragikomiker zu produziren. Geradezu Mitleid könnte man mit den armen Zünftlern empfinden, wenn man hört und sieht, wie sie bei den honigsüßen Worten eines konservativen handwerker„freundlichen" Großindustriellen oder Landjunkers, wie von einer Natter gestochen in die Höhe fliegen und Bravo schreien, trotzdem sie wissen könnten, daß diese Herren und ihre Anhänger es keineswegs so aufrichtig mit der Hebung des Handwerks meinen, wie sie in phrasenhaften, heuchlerischen Versicherungen darzuthun belieben. Das beweisen auch die Debatten im Reichstage, wo Konservative und Zentrum sich für Erhebung eines Zolles auf Quebrachoholz in's Zeug legten; eines Zolles, der den Gerber und Färbermeistern ein nothwendiges Rohprodukt vertheuern will. Daß es ferner den Herren von Schlot und Ar nicht ernst ist mit der Hebung des Handwerks, wies der Innungsobermeister, der bekannte — Gipskopfformer Biehl in München, treffend nach, indem er gelegentlich seiner Begrüßungsrede sagte: „daß es nach Jahresfrist wieder nöthig geworden sei, gegen die schönen Worte von höherer Seite (von Boetticher ist in erster Linie gemeint) zu protestiren, denen die Thaten nicht folgen wollen."

Daß dem bekannten Buchbindermeister Nagler ein Licht aufgegangen zu sein scheint, beweist seine Aeußerung, daß der Militarismus das Schooßkind der Regierung sei, was doch nichts anderes heißt als: Die Regierung habe weder Zeit noch Mittel, sich mit der Hebung des Handwerksstandes ernsthaft zu beschäftigen, sie habe ihr ganzes Streben, ihr Dichten und Trachten nur dem Militarismus zugewandt. Es freut uns, diese Thatsache von den „Stützen von Thron und Altar" registriren zu können. Daß die Sozialdemokraten und auch die Freisinnigen schlecht bei dem Herrn wegkommen, ist selbstverständlich, namentlich die Letzteren, die der Redner als Träger der Thierschutz- und ethischer Vereine bezeichnet. Die Rückschrittlerei des Herrn Nagler konnte sich aber in nichts Besserem offenbaren, als in der Ansicht, daß die überflüssigen Maschinen verboten werden müßten. Er beantragte hierauf die Annahme einer Resolution, der wir folgende Punkte entnehmen:

1. Einführung der obligatorischen Innung, Handwerkerkammer und Befähigungsnachweis.
2. Gesetzliche Festlegung der Begriffe Handwerk und Fabrik.
3. Beseitigung der Militärwerkstätten und äußerste Einschränkung der Gefängnißarbeit.
4. Verbot des Hausirens der Ausländer und möglichste Beschränkung des Hausirhandels der Inländer durch Prüfung der Bedürfnißfrage, sowie Verbot des Detailreisens bei Privaten.
5. Beseitigung der Konsumvereine, insbesondere der Offiziers- und Beamten-Konsumvereine und „Waarenhäuser".
6. Gänzliches Verbot der Wanderlager und aller Arten von Versteigerungen neuer Handwerkserzeugnisse, sowie des Filialgeschäfte-Unwesens, event. progressive Besteuerung dieser.
7. Regelung des Submissionswesens.
8. Vorzugsrecht für die Forderungen der Bauhandwerker.
9. Zugängigmachung der Reichsbank für das Handwerk.
10. Beseitigung des Firmen- und Reklameschwindels (unlauterer Wettbewerb).
11. Weitere Erschwerung von Gründungen nach dem Aktiengesetze.
12. Aenderung der Konkursordnung.
13. Gewährung von Reichstagsdiäten.

Der Handwerkertag beschwört (au! au! das arme Handwerk! Da muß es schon recht schlimm mit ihm stehen. D. Red. d. Holzarb.-Ztg.) die verbündeten Regierungen, endlich diesen Wünschen mehr als bisher Rechnung zu tragen und so das deutsche Handwerk vor dem Ruin zu bewahren.

Diese Forderungen sollen dem Kaiser durch eine Deputation unterbreitet werden, welche zugleich im Namen des um seine Existenz ringenden Handwerks um die kaiserliche Hülfe bitten soll.

Daß Seitens eines Innungsmeisters auch für die Handwerker das Recht auf Arbeit gefordert wird, dürfte unsern Kollegen interessant scheinen; daß die

Pflicht zum arbeiten der Herren Innungsmeister darunter gemeint sein soll, dürfte wohl nicht angenommen werden. Ueber den Befähigungsnachweis sprach der bekannte Herr Möller aus Dortmund, der „auf seinem Schneidertische sicherer sitzt, als der Minister auf seinem Sessel"; er behauptete, daß der Mangel eines Befähigungsnachweises und die nöthigen Prüfungen es dahin gebracht hätten, daß die Gesellen ihre Existenz nicht geschützt sähen, und daß im vorigen Reichstage unter 35 sozialdemokratischen Abgeordneten 27 Handwerker anzutreffen waren. Geradezu albern ist die Behauptung, daß durch den Befähigungsnachweis eine Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen sei; wie dies möglich sein sollte, ist freilich nicht gesagt worden. Der Befähigungsnachweis sei für die Handwerker ebenso nothwendig, wie für Aerzte, Pastoren und Minister, oder man müsse auch die Ministerposten in Submission vergeben. Der Zwang sei überall im Leben nothwendig, wenn dabei auch einzelnen auf die Hühneraugen getreten würde. Daß der Antisemitismus vertreten war ist selbstverständlich, sind doch ein großer Theil der Zünftler, nachdem sie mit ihrer selbstständigen Handwerkerpartei herzlich wenig Glück haben in das Lager der Antisemiten eingerückt und hoffen, wenn sie erst alle Juden mit Haut und Haaren verzehrt haben werden, daß dann für das Handwerk das Heil erblühen wird.

Auch der unvermeidliche Malermeister Voß aus Hamburg, der es bis heute noch mit der Ehre eines anständigen Mannes vereinbar hält, Arbeiterkorporationen beleidigen zu dürfen, es aber vorzieht, keine Beweise für unwahre Behauptungen zu erbringen, dieser Voß war auch da und hielt wieder seine — Rede über die obligatorische Innung. Gleich ihm sprachen noch eine Reihe Innungsleuchten, Zetermordio schreiend, theils über die Unbotmäßigkeit sogar der Lehrlinge, über Sozialdemokraten, Gewerbefreiheit usw. Um 4 Uhr Nachmittags war der Arbeitstag der geplagten Handwerker zu Ende, nachdem ihnen ein Freiherr von Schorlemer-Alst ein „Gott segne das Handwerk" um den Bart geschmiert hatte. Ein recht wichtiger Punkt scheint den Herren der Hausirhandel und der unlautere Wettbewerb zu sein, denn Worte wie: Gemeingefährlich, Scheusal, Ungeheuer, Tintenfisch, der seine Geburtsstadt im Nil habe, dessen Fühlarme abgeschnitten werden müßten, lassen darauf schließen, daß nicht gut Kirschenessen mit unseren sonst so gutmüthigen naiven Backfischen von Handwerksmeistern gewesen sein muß. „Die Juden", oder wie der Erfurter Schneidermeister und Reichstagsabgeordnete Jakobskötter erklärte, „gewisse Leute müßten vom Hausirhandel ausgeschlossen werden".

Der Dortmunder Möller war viel konsequenter, er will nicht allein die jüdischen, sondern alle Hausirer auf den Hungeretat setzen, damit ihm und seinesgleichen keine Konkurrenz gemacht werden könne. Große Freude drückt sich in einer Resolution aus, daß die verbündeten Regierungen endlich eine Vorlage bezüglich des unlauteren Wettbewerbes ausgearbeitet hätten, welche den berechtigten Ansprüchen des Handels und der Gewerbe entsprechen würde. Gönnen wir den Herren die Freude, von langer Dauer wird sie nicht sein; es wird sich früh genug herausstellen, daß das Handwerk trotzdem zu Grunde geht. Ein viel wichtigerer Punkt war die Frage des Bauschwindels, welche von dem Referenten freilich mit recht wenig Gründlichkeit behandelt wurde. Was ihm hieran abging, hat er mit Schimpfereien auf Itzig, Plitzig, Schwindelmeier, die ihre Geschäfte unter der Hand betrieben, vollständig ersetzt, daß auch für Bebel und Singer wieder einige Jagdhiebe abfielen, ist ja zur Sache der Zünftler gehörig und fällt garnicht weiter auf.

Ausführlicher und nicht ohne Sachkenntniß ging der Haller Tischlermeister Jurth auf das Wesen des Bauschwindels ein. Er konstatirt, daß in Halle nicht die Juden, sondern die Christen am Bauschwindel betheiligt seien; um za. M. 195000 sind die Handwerker in Halle durch solch verdammenswerthe Schwindelmanipulationen betrogen worden. Christen seien es, denen es nicht darauf ankam, M. 20000 zum Bau einer Kirche oder M. 50000 zum Bau einer akademischen Turnhalle zu spenden. (Zuruf Kuhnt.) Einem mittellosen Kneipe mit M. 2000 Schulden habe man ein Grundstück für M. 70000 verkauft, woran der Verkäufer M. 50000 verdiente. Er beklagte, daß der Kandidat der Ordnungsparteien (Glimm) die Bauhandwerkerforderungen nicht als gleichberechtigt mit den Baugeldern anerkenne, sondern hinter dieselben einreihen wolle. Deshalb habe er auch wohl die Stimme vieler Handwerker nicht erhalten. So berechtigt wir die Klage des Herrn Jurth halten, und so verwerflich wir mit ihm das skandalöse Treiben der Bauschwindler finden, so sind wir doch nicht naiv genug, zu glauben, daß der Ordnungsmann Glimm nur eine Ausnahme gemacht hat, im Gegentheil; die Hauspaschas und sonstige Geldmänner, die doch wohl nur unter den vermeintlichen „Freunden" der Handwerker zu suchen sind, spekuliren gerade im Grundstück-An- und Verkauf recht große Gewinne einzuheimsen, unbekümmert darum, ob so und soviele Handwerker dabei zu Grunde gehen; es genügt ja, wenn die Handwerkerfreunde den Handwerkern helfen wollen, diese glauben es und lassen sich immer weiter beschwindeln. Noch krasser tritt der Bauschwindel in Berlin hervor, wie Völker von da hervorhob; um etwa eine Millarde habe der Grund und Boden durch den Bauschwindel Ueberwerth bekommen und za. 80% aller Bauten in Berlin seien Schwindelbauten.

In einer Resolution wird dagegen protestirt, daß die Beseitigung des Bauschwindels durch gesetzgeberische Maßnahmen bis zur Einführung des bürgerlichen Gesetzbuches verschleppt werden soll. Eine längere Debatte entspann sich nach einem Referat über die Gefängniß- und Militärarbeit. Der Referent selbst empfiehlt die Beschäftigung der Gefangenen auf Gebieten, die dem Handwerk keine Konkurrenz machen und Gleichstellung der Löhne mit den freien Arbeitern. Gegen die Anlernung der Gefangenen verwahrt er sich ganz entschieden, weil dadurch dem Handwerk noch mehr unlautere Elemente zugeführt würden. Das Humanitätsprinzip gegen die Gefangenen verläugnend, fordert er deren Beschäftigung in Kamerun. Derselben Ansicht huldigt auch der Dortmunder Möller, empfiehlt aber noch außerdem zur Besserung Prügelstrafe und sonstige schöne Dinge, Alles, um das Handwerk zu heben. Ein Herr Reimer aus Hamburg polemisirt gegen den Regiebetrieb in Staat und Kommune. Wir glauben garnicht einmal, daß der Herr von Hamburger Bauverhältnissen eine Ahnung hat, sonst hätte er wohl kaum behaupten können, daß private Arbeitgeber mit ihren Arbeitern M. 6 Lohn vereinbart haben, wohingegen das Reich nur M. 3,80 zahle; weder das Eine noch das Andere ist wahr; wir empfehlen dem Herrn, wenn er sich wieder einmal als großer Kenner der Hamburger Verhältnisse aufzuspielen Lust verspürt, sich vorher bei einem xbeliebigen Hamburger Bauarbeiter zu erkundigen, die dürften ihm über Staatsregiebau und Löhne eine bessere Auskunft gegeben haben, als er sie vorzutragen beliebte.

Drei zu diesem Punkte vorliegende Resolutionen fordern die Einschränkung der Gefängniß- und Zuchthausarbeit unter Ausschluß der Maschinen auf die Herstellung der Bedürfnisse des Staates, Frontmachen gegen die Regiebetriebe der Reichs- und Kommunalbehörden und Aufhebung der Militärwerkstätten. Alle drei werden angenommen und sollen zu einer vereinigt werden.

Daß die Beseitigung der Konsumvereine gefordert wurde, wie schon oft, bedarf keiner weiteren Erwähnung, und daß man auf eine besondere politische Vertretung bedacht ist, bemerken wir nur nebenbei. Die Herren haben, wie's scheint, sowohl an Konservativen als am Zentrum keine große Freude gehabt; nur die Judenfresser scheinen noch nicht bei ihnen in Ungnade gefallen zu sein; aber trotzdem müssen es jetzt Handwerkerabgeordnete sein. Das meinen wir auch.

Zum Punkt Maximalarbeitstag für das Bäckergewerbe referirte ein Hamburger, Blinkmann; ohne wüthende Ausfälle auf Bebel und dessen Broschüre, die diese Frage behandelt, ging es indessen nicht. War bisher der Mangel eines Befähigungsnachweises schuld an dem Untergange des Handwerks, ist es nach Herrn Schrippenbäckermeister Blinkmann der Maximalarbeitstag von 12 Stunden; „ist erst bei uns der Anfang gemacht," sagte er, „würden alle anderen Gewerbe den Bäckern in den Untergang folgen." Es erübrigt sich über diesen Unsinn jedes Wort, denn die Thatsachen beweisen das Gegentheil.

Mit der Aufforderung, rüstig weiter zu arbeiten und die gegnerische Presse nicht zu unterstützen, hatte der Klimmbimm sein Ende gefunden. Zu dem am anderen Morgen stattgefundenen Delegirtentag ist den Berichterstattern der Presse jeder Zutritt verweigert worden; was also hinter verschlossenen Thüren ausgeheckt worden ist, entzieht sich bisher unserer Kenntniß. Soviel hat der 8. Deutsche Handwerkertag gegen den früheren voraus, daß er sich der vielen geräuschvollen Lobhudeleien verschiedener Größen enthalten hat, selbst der Exkanzler, zu dem man wenige Tage vorher eine Huldigungsfahrt unternommen hatte, gehörte, wie der Vorsitzende Biehl sagte, nicht auf die Tagesordnung. Man legte kein Gewicht auf die Rathschläge ihres Götzen in Friedrichsruh, freiwillige Innungen zu gründen, sondern bestand ganz energisch auf den kurz erörterten Forderungen und versprach „eklich" zu werden, wenn man ihren Wünschen nicht Rechnung trage. Hoffentlich werden die Herren schwarz darüber werden, ehe sich die Gesetzgebung entschließen dürfte, die Maschinen abzuschaffen und die Ministerposten in Submission zu vergeben. Es ist eine Utopie, zu verlangen, in unserem Zeitalter, wo der Weltverkehr einen bisher nie gekannten Aufschwung genommen, die steigende Bevölkerung und mit ihr die wachsenden Kultur- und andere Bedürfnisse eine größere Produktivität erfordern, die Maschinen abzuschaffen und mittelalterliche Zustände aus der Rumpelkammer hervorzusuchen. Wir leben im Zeitalter des Fortschritts und bekämpfen daher jede rückschrittliche Bewegung, von welcher Seite sie auch geplant ist. Wollen die Handwerker nicht auf die Rufe, von ihren reaktionären Bestrebungen abzulassen, hören, nun dann müssen sie fühlen; wir werden keine besondere Ursache haben, ihren Untergang zu bedauern.

Zum Knopfarbeiterausstand in Schmölln.

Die vereinigten Steinnußknopf-Fabriken ersuchen uns, das Folgende auf Grund des § 11 des Preßgesetzes aufzunehmen:

In Nr. 15, 3. Jahrgang, Ihrer Zeitung vom 14. April 1895, sind unter dem Titel: „Zum Knopfarbeiterausstande in Schmölln" Angaben und Schilderungen gemacht, die den Thatsachen und der Wahrheit ganz zuwiderlaufen und nur dem Begriffe der Entstellung unterfallen. Deshalb sehen wir uns zu folgenden Erklärungen veranlaßt:

Wir glauben nicht, daß die Arbeiter sich der Folgen des Streiks bewußt sind, denn ziellos haben sich die meisten ihren sozialistischen Führern angeschlossen, ohne zu bedenken, ob Das, was von Seiten der Letzteren behufs weiterer Entfaltung ihrer Machtstellung in den bisher ruhigen und zufriedenen Arbeiterkreisen gefordert wurde, auch zu gewähren möglich sei. Alle Knopfarbeiter, die noch der Wahrheit die Ehre geben wollen, müssen bekennen, daß viele Jahre lang bis in die letzte Zeit hinein ein guter, auskömmlicher Lohn verdient worden ist — dies beweisen zu allererst die Lohnlisten und Statistiken —; ebenso müssen sie zugeben, daß, wer bei uns ruhig und friedlich arbeiten will, auch genug verdienen kann. Kranke, schwächliche oder weniger gewandte Personen verdienen auch in anderen Berufsarten weniger: dies kann Niemand ändern. Wenn man nun von Löhnen von M. 6—9 pro Woche spricht, so kommen diese nur in der Regel bei Anfängern, jugendlichen Arbeitern oder ganz alten, kranken oder schwächlichen Personen vor, daß aber bei den übrigen, den wirklichen Stamm bildenden männlichen Arbeitern der niedrigste Lohn nach diesem Betrage erst seinen Anfang nimmt und die Höhe von wöchentlich M. 25 erreichen kann, und daß theilweise auch noch mehr verdient worden ist, wird vollständig verschwiegen und dadurch ein Glauben zu erwecken gesucht, als stünden die hiesigen Arbeiter unter den größten Bedrückungen, die zu einem Ausstande veranlassen müßten. Einen Einheitstarif zu schaffen, ist ein früherer Wunsch der Arbeiter selbst gewesen, derselbe ist durch die neuerdings stattgehabten Vorgänge hervorgerufen worden, keineswegs aber haben damit die Fabrikanten die Arbeiter benachtheiligen, sondern in ihren Löhnen regelrechter und besser stellen wollen, denn bei der Ausarbeitung des Lohntarifs hat stets das Prinzip obgewaltet, die Löhne, wo es angängig gewesen ist, aufzubessern, und die Aufbesserung beträgt in den meisten Fabriken 5 bis 6 Prozent. Natürlich haben, um diesen Einheitstarif zu schaffen, auch Ausgleichssätze stattfinden müssen, die aber im Grunde genommen doch eine Reduktion nicht bedeuten. Unerfindlich ist daher, daß ein solcher Tarif zurückgewiesen wurde und daß in dem betreffenden Berichte sogar noch frivol behauptet wird, daß eine Reduktion bis zu 30 Prozent gegenüber dem bisherigen Tarife stattgefunden habe. Noch höhere Löhne als die durch den Einheitstarif festgesetzten zu zahlen, ist bei der so mißlichen Geschäftslage der Steinnußknopf-Industrie erst recht ein Ding der Unmöglichkeit. Und darum hat es die Fabrikanten umsomehr empören müssen, daß unter diesen angezogenen Umständen ein Streik in so unüberlegter und dabei obendrein frivoler Weise in Szene gesetzt wurde, angesichts dieses thatsächlichen Entgegenkommens unsererseits.

Wenn Arbeiter, welche Mitglieder des Gewerkvereins sind, mitstreikten und bald wieder an ihre Arbeit zurückkehrten, so war dies ein Akt reiner Natürlichkeit, denn nachdem sich der Bevollmächtigte des Gewerkvereins, Herr Balke von Berlin, von der wahren Sachlage überzeugt hatte, konnte er jedenfalls nicht anders handeln, als wie seinen Gewerkvereinsgenossen den Rath zu geben, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Richtiger wäre doch, daß die Arbeiter ihres Besten wegen mit der wirklichen Geschäfts- und Weltlage, also auch mit den ausländischen Konkurrenzverhältnissen und damit rechneten, daß den Fabrikanten eben nicht möglich ist, mehr als geboten, gewähren zu können, anstatt sich durch leere und aufreizende Schlagworte der Sozialdemokraten immer mehr in's Unglück stürzen zu lassen. Welcher Widerspruch liegt doch in den Behauptungen des betr. Berichterstatters, wenn er Eingangs des Artikels sagt:

„daß die Arbeiter, durch den schnellen Erfolg ermuthigt, sofort eine Aufbesserung in 6 weiteren Fabriken forderten"

und dann wieder in dem ganzen, die Thatsachen vollständig entstellenden Aufsatze behauptet:

„daß die Schuld an dem Entstehen des Streiks auf Seiten der Fabrikanten läge."

Das mag sich jeder besonnene Mann unter den Knopfarbeitern überlegen, wie sehr ihnen die Augen mit Sand vollgestreut werden und daß das Endziel der sozialistischen Führer doch nur auf ihre Kosten durchgeführt werden soll.

Bisher haben wir uns den vielfachen, entstellten Berichten gegenüber vollständig passiv verhalten in der zuversichtlichen Annahme, daß der denkende Arbeiter solche Berichte als verwerflich und selbst in erster Linie als im höchsten Grade schädigend betrachtet. In dieser Ansicht nahmen auch mehrere die Arbeit wieder auf.

Mag man auch von streikender Seite fernerhin vorbringen, was man will, oder sich gar noch in weiteren Entstellungen ergehen, — wir werden nicht mehr antworten, und die Zukunft wird lehren, inwieweit die Arbeiter durch jene verwerflichen Entstellungen geschädigt worden sind.

Schmölln, am 22. April 1895

Die vereinigten Steinnußknopf-Fabrikanten daselbst.

Anmerkung der Redaktion. Zu der vorstehenden Berichtigung haben wir Folgendes zu bemerken: Es ist eine Mache, nichts als eine solche der allergewöhnlichsten Art, um den Streikenden einen Schreckschuß einzujagen. Das beweist,

daß die Berichtigung, welche uns zuging, schon am 23. April in der „Schmöllner Zeitung" gedruckt stand, unter dem Vermerk: „Der ‚Holzarbeiter-Ztg.' in Hamburg ist heute Nachstehendes zugegangen." Wir hätten eigentlich gar keine Veranlassung, die Berichtigung aufzunehmen, um so weniger, als in dem Artikel nur Thatsachen behauptet sind, die zum großen Theile unwidersprochen in allen Zeitungen publizirt wurden und durch die Streikenden selbst Wort für Wort bestätigt werden können. Die Herren Fabrikanten sagen zu Anfang: „Daß die Arbeiter sich der Folgen des Streiks nicht bewußt sind, daß sie sich ziellos ihren sozialistischen Führern angeschlossen haben, ohne zu bedenken, ob Das, was von denselben behufs weiterer Entfaltung ihrer Machtstellung in den bisher ruhigen und zufriedenen Arbeiterkreisen gefordert, auch zu gewähren möglich sei." Diese Zumuthung, als ob die Arbeiter eine große Hammelheerde wären, ist geradezu entwürdigend. Die Arbeiter sind keine unmündigen Kinder, sie wissen, was sie zu thun und zu lassen haben; der beste Beweis, daß sie es wissen, ist deren zähes, festes Zusammenhalten. Was den „auskömmlichen" Lohn betrifft, so sind die Arbeiter darüber anderer Meinung, wie der Herr Kommerzienrath Donath und seine Bundesgenossen, und daß die Herren selbst sich scheuten, in der Oeffentlichkeit die „auskömmlichen" Löhne bekannt zu geben, beweist Folgendes: Am 1. Januar bei Ausbruch des Streiks kam der Herr Fabrikinspektor um eine Beilegung des Streiks zu ermöglichen. Nachdem ihm die gewünschte Aufklärung in der Sache geworden, und auch ihm seitens der Fabrikanten die oben erwähnten „auskömmlichen Löhne" entgegen gehalten wurden, forderte er, daß ihm die Fabrikanten von jedem ihrer Arbeiter einen vierteljährlichen Auszug aus den Lohnbüchern geben möchten, damit er sich von der Wahrheit überzeuge und den Arbeitern sagen könne, daß der Streik zu Unrecht inszenirt sei. Die Fabrikanten verweigerten dem Herrn Fabrikinspektor die gewünschten Auszüge. Warum? Weil den Herren dann der Mund gestopft worden wäre, und sie nicht, wie es bisher geschehen und heute noch geschieht, auf die Unbotmäßigkeit der Arbeiter schimpfen und sich als die humansten Menschen und Arbeitgeber der Welt aufspielen konnten. Es ist doch zu erhebend, sich als die „armen Tyrannisirten" der Arbeiterschaft hinstellen zu können! Nicht wahr, Ihr Herren Fabrikanten? Also kein Wort weiter darüber. Die Verweigerung der Lohnbücher sagt und widerlegt Alles! Doch weiter! „Wer bei uns ruhig und friedlich arbeiten will, kann auch genug verdienen."

Wie großmüthig! Aber die Großmuth hat ein Loch, und die Wahrheit erhält wieder mal einen argen Riß. Die Herren behaupten, „M. 6—9 sind Anfangslöhne und für jugendliche Arbeiter, oder ganz alte, kranke und schwächliche Personen. Bei den übrigen, den Stamm bildenden männlichen Arbeitern nähme der niedrigste Lohn nach diesem Betrage (M. 6—9) erst seinen Anfang und könne die Höhe von wöchentlich M. 25 erreichen." Für 1/4 der Streikenden sind M. 6—9 keine Anfangslöhne, sondern vielfach oder meistens regelmäßige Löhne. Wenn auch einige wenige Arbeiter M. 18—20 verdienen, so sind das Ausnahmen. Das Gros der Arbeiter ist nicht in der Lage, weil sie nur M. 6—9 verdienen, ihre Familie auch nur halbwegs menschenwürdig zu ernähren. Daß dem so ist, beweisen die Darstellungen auch der Mitglieder der Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine, deren Generalrathsmitglied, Herrn Bahlke, die Herren Fabrikanten wegen seiner heroischen That so warm in ihr Herz geschlossen haben. „Den Einheitstarif einzuführen," sagen die Fabrikanten, „sei ein früherer Wunsch der Arbeiter selbst gewesen." Womit wollen die Herren das beweisen? Das ist nicht der Fall. Der Bürgermeister, Herr Kroll in Schmölln, hat die Anregung dazu gegeben, was ihm auch von den Arbeitern in einer von 1000 Personen besuchten Versammlung, die er selbst überwachte, öffentlich zum Vorwurf gemacht worden ist. Niemand hat dem widersprochen und wird dem widersprechen. Also! Die Aufbesserung der Löhne durch den Einheitstarif soll, wie die Fabrikanten sagen, in den meisten Fabriken 5—6 pZt. betragen. Auch das ist nicht wahr. Die Aufbesserung um jenen Prozentsatz trifft nur in 3 von 15 Fabriken zu, also nicht in den meisten. In dreien bleibt der Lohn gleich und in neun ist er unbedingt schlechter. In einer Fabrik ist der Lohn sogar in 50 Punkten schlechter geworden. Wir laden die Herren ein, den Schmöllner Arbeitern diese Behauptung zu widerlegen; deren Statistik und die Lohnbücher der Arbeiter dürften ihnen einen argen Schnupfen bereiten. Hierdurch erübrigt sich auch jedes Wort darüber, daß es den Fabrikanten „unerfindlich scheint, wenn seitens der Arbeiter ein solcher Tarif zurückgewiesen und frivol behauptet wird, daß eine Reduktion bis zu 30 pZt. gegenüber dem bisherigen Tarife stattgefunden habe."

„Unerfindlich" scheint es uns freilich, wenn die Herren den Arbeitern einen Tarif aufdrängen, ohne vorher irgend welche Rücksprache mit ihnen zu nehmen, es wundert uns aber nicht, da die Arbeiter gewöhnt sind, von den Fabrikanten als Menschen zweiter Klasse, die nur zu arbeiten und zu schweigen haben, behandelt zu werden. Daß es nicht möglich sei, höhere Löhne als die nach dem Einheitstarif zu zahlen, glauben wir nicht ohne Weiteres, vielmehr glauben wir, daß es nur egoistischer Unternehmerstarrsinn ist, der den Arbeitern begreiflich machen soll, die Unternehmer hätten die Macht, ihnen den Fuß in den Nacken zu setzen; und wer sich nicht gutwillig füge, verderben müsse. Das beweist uns ein Flugblatt, in welchem gesagt wird, daß nur ein Mann, der Kommerzienrath Hermann Donath, ein früherer einfacher Arbeiter, es ist, an dessen Widerstand die Verhandlungen regelmäßig scheitern. Wahrlich, die Arbeiter hatten viel mehr Grund, empört zu sein über solche Handlungsweise, als sie, die Fabrikanten, über das Zusammenhalten der Streikenden.

Ueber den „Akt der Natürlichkeit", welchen die Herren Fabrikanten darin erblicken, daß die Gewerkvereinsmitglieder ihren ausständigen Mitarbeitern in den Rücken fielen, d. h. sich von dem Generalrath Bahlke den „armen" Fabrikanten zu Liebe in's Bockshorn jagen und zur Arbeit kommandiren ließen, sprachen man Beides: Lachen und Weinen. Herr Dr. Max Hirsch und sein Sehblatt, der „Gewerkverein", werden sich kaum vor Freude, daß die Schmöllner Fabrikanten öffentlich in der „sozialdemokratischen Holzarbeiter-Zeitung" erklären lassen, daß die Streikbrecher der Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine nur einen Akt der Natürlichkeit ausführten, und wir fügen hinzu, ihrem natürlichen Grundsatz nicht untreu wurden.

Die Schmöllner Streikleitung schreibt uns sachlich zu dieser Angelegenheit: „Wo sind die Lohnerhöhungen, die Denjenigen, welche wieder zur Arbeit zurückkehrten, versprochen wurden? Die Hirsch-Duncker'schen, welche schon seit 3 Wochen, nachdem sie zu Verräthern an ihren Mitarbeitern geworden, arbeiten, haben noch keine solche erhalten!

„Es sind doch von der Mehrzahl der Fabrikanten bis zum Streik höhere Löhne gezahlt worden. Auch jetzt bezahlen zwei Firmen höheren Lohn als der Einheitstarif ist. Man kann die Forderung (1/4—1/2 ₰ pro Groß) sehr wohl bewilligen. Man fürchtet blos das Siegesgeschrei der Arbeiterpresse, das hält die Fabrikanten ab, nachzugeben. Daß man die Leitung des Streiks persönlich angreift, läßt uns kühl. Höchstens liegt darin die Anerkennung, daß die Leitung ihre Pflicht gethan hat, was das Gegentheil wäre, wenn uns die Fabrikanten (wie den Herrn Bahlke z. B.) loben würden. Der denkende Arbeiter weiß, wie er mit den Fabrikanten daran ist und auch, wie er mit der Gewerkschaft steht. Der Zweck, Wankelmüthige, falls ja vorhanden, in die Fabrik durch die „Berichtigung" zu ziehen, ist nicht erreicht worden, kein Mann hat deswegen die Arbeit aufgenommen."

Das haben wir vorausgesetzt, und hoffen auch, daß dies vor der endgültigen Entscheidung nicht geschehe. Wir haben nicht die Absicht, den Streikenden „die Augen mit Sand vollzustreuen", aber ermuthigen werden wir sie, auszuharren, bis der Unternehmerterrorismus gebrochen ist; und darum appelliren wir an alle deutschen Kollegen, die Ausständigen nach jeder Seite hin zu unterstützen; die Herren Fabrikanten werden wohl oder übel bald Anstalt machen müssen, zu einer Einigung sich herbeizulassen. Hält es Herr Kommerzienrath H. Donath auch noch eine Weile aus, weil er kapitalkräftig ist, die übrigen werden, wenn sie nicht gar von ihm expropriirt werden wollen, bald einlenken müssen.

Arbeiter und Arbeiterinnen Schmölns, laßt Euch nicht beirren durch den plumpen Koup, den die Herren Fabrikanten mit der obigen „Berichtigung" auszuführen glaubten, sie sollte nur ein Schreckschuß sein, Euch erst kirre und dann um so gefügiger zu machen. Baut nicht auf Versprechen, noch rechnet auf die Gnade der Fabrikanten. Haltet treu und fest zusammen und zeigt mit Würde und Entschlossenheit, daß Ihr nun und nimmer gewillt seid, vor den hartherzigen Unternehmern das Knie zu beugen. Die deutschen Kollegen, die Ihr so lange hinter Euch habt, als Ihr zeigt, daß es Euch ernst um die Erringung des Sieges ist, werden Euch nicht verlassen. Es wird nur dieses Hinweises bedürfen, um alle Kollegen und Freunde der Arbeitersache an ihre Pflicht zu erinnern, Euch pekuniär und moralisch zu unterstützen. Darum unverzagt und frisch vorwärts!

Erster Verbandstag des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, abgehalten in Erfurt.

(Schluß.)

Am Donnerstag, den 18. April, Nachmittags, erstattete zunächst die Zeitungskommission Bericht. Dieselbe hat die Ueberzeugung gewonnen, daß die Preßkommission ihre Kompetenz nicht überschritten habe, auch sonst bestrebt war, allen Wünschen des Vorstandes entgegenzukommen.

In das neue Statut beantragt die Kommission folgenden Zusatz zu § 47 aufzunehmen. „In allen einschneidenden Fragen der Zeitung und Anstellung des Redakteurs und Expedienten haben Vorstand und Preßkommission gemeinsam zu beschließen, in streitigen Fällen entscheidet der Ausschuß." Betreffs der Verlegung der Zeitung empfiehlt die Kommission Ablehnung des Vorstandsantrages. Nach einer Diskussion, welche die ganze Vormittagssitzung ausfüllte, wurden die von der Kommission gestellten Anträge angenommen. Auf Wunsch des Vorsitzenden, Kollegen Kloß, beschließt der Verbandstag, der Zeitungskommission, weil sie ohne ihn ihre Verhandlungen geführt haben, ein Tadelsvotum auszusprechen.

Hierauf erstattet die Beschwerdekommission Bericht. Der Verbandstag schließt sich den folgenden von ihr gestellten Anträgen an. 1. den Ausschluß der Kollegen Bauer-Konstanz, Otte-Düsseldorf rückgängig zu machen; 2. einen Antrag des Kollegen Steinbrüger auf Unterstützung „wegen Maßregelung" als unbegründet abzuweisen; 3. über Beschwerden der Zahlstelle Frankfurt, sowie des Kollegen Schwarz-Kempten wegen Beweismangels zur Tagesordnung überzugehen; 4. eine Beschwerde des Kollegen Przemek gegen den Redakteur der „Holzarbeiter-Zeitung" der Preßkommission zu überweisen.

Der Referent der Streikkommission, Kollege Lindner-Görlitz, empfiehlt folgende Bestimmungen zur Annahme: 1. Streiks unterliegen der Oberleitung des Vorstandes, diesem Antrag wird zugestimmt. 2. Genehmigte Streiks werden aus den Einnahmen der Verbandskasse unterstützt. Hierüber entspann sich eine zweistündige Diskussion, die damit endete, daß der Kommissionsantrag in namentlicher Abstimmung mit 37 gegen 17 Stimmen abgelehnt wurde. Weiter beantragt die Kommission: dem Vorstande steht das Recht zu, über die Genehmigung von Streiks zu entscheiden. Gegen diese Entscheidung können die Zahlstellenverwaltungen zur Entscheidung angerufen werden. Kloß stellte hierzu den Zusatzantrag, daß die Beschwerdeführer gegen eine Vorstandsentscheidung an den Ausschuß als Beschwerdeinstanz verwiesen werden können. Des Weiteren beantragt die Kommission: Gesuche um Genehmigung von Angriffsstreiks werden den Zahlstellenverwaltungen zur Beschlußfassung unterbreitet; ferner die Streikenden haben während der ersten 8 Tage auf jede Unterstützung zu verzichten, diese Anträge wurden angenommen. Desgleichen ein Zusatzantrag des Vorstandes: Bei Angriffsstreiks, wo es sich um weniger denn 15 Mitglieder handelt, ist der Vorstand ermächtigt, die Entscheidung über den Streik selbst zu treffen.

Zur Annahme gelangen ferner noch folgende Kommissionsanträge:

1. Gesuche um Genehmigung von Angriffsstreiks können nur dann berücksichtigt werden, wenn von den Betheiligten in geheimer Abstimmung ein dahingehender Beschluß gefaßt wurde.

2. Die Unterstützung an Streikende kann bis zur Hälfte des am betreffenden Orte üblichen durchschnittlichen Lohnsatzes gewährt werden, jedoch darf die Minimalunterstützung nicht unter M. 6, die Maximalunterstützung nicht über M. 12 pro Woche betragen. Bei verheiratheten Kollegen kann über diese Normirung hinausgegangen werden.

3. Zahlstellen, welche sich den Anordnungen des Vorstandes nicht fügen, kann die Unterstützung versagt oder entzogen werden.

4. In Bezug auf den Streik von Schmölln.

„Der Verbandstag wolle beschließen, die weitere Regelung des Ausstandes dem Vorstande zu übertragen. Sämmtliche Zahlstellen haben sofort Sammlungen zur Unterstützung der Ausständigen zu veranstalten und die eingegangenen Gelder schleunigst dem Verbandsvorstande zu übermitteln."

In Angelegenheit des Streiks bei der Firma Weiß in Berlin beschließt der Verbandstag gemäß dem Kommissionsantrage, die Kosten auf die Streikkasse zu übernehmen. Es wird hieran der Wunsch geknüpft, daß die Berliner Kollegen in Zukunft bemüht sein mögen, der Verbandskasse mehr Geldmittel zukommen zu lassen, als dies bisher geschehen.

Das Streikgesuch aus Konstanz wird in Uebereinstimmung der Kommission von dem Verbandstag wie folgt beantwortet: „In Anbetracht des große Opfer fordernden Schmöllner Streiks ist der beabsichtigte Ausstand in Konstanz nicht zu genehmigen. Wollen die dortigen Kollegen jedoch diesen Ausstand auf eigene Verantwortung übernehmen, so verpflichtet sich der Verband, den Zuzug nach dem Streikort möglichst fernzuhalten."

Hierauf trat Schluß der Sitzung ein.

Am Freitag Morgen erstattete Hüther-Hanau zunächst Bericht von der Statutenberathungskommission. Nach reiflicher Erwägung hat sie die Ueberzeugung gewonnen, daß es unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht möglich sei, eine Erhöhung der Beiträge zu befürworten, damit haben dann aber auch die Anträge auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung ihre Erledigung gefunden. In namentlicher Abstimmung wird mit 48 gegen 6 Stimmen beschlossen, die Beiträge in der bisherigen Höhe zu belassen; die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung wird ebenfalls abgelehnt und zwar gegen eine Stimme.

Die Beibehaltung des Obligatoriums der „Holzarbeiterzeitung" wird mit 44 gegen 10 Stimmen beschlossen.

Damit haben die wichtigsten Fragen ihre Erledigung gefunden.

Als Sitz des Ausschusses wird Berlin, als Sitz des Vorstandes Stuttgart bestimmt.

Die Gehälter der Beamten bleiben unverändert, obgleich von Hamburg eine Erhöhung des Gehalts des ersten Vorsitzenden und der beiden Hülfsbeamten beantragt wurde. Als erster Vorsitzender wurde Kollege Kloß, als zweiter Leipart und als Kassirer Bohne wiedergewählt. Auf Vorschlag der Kommission finden noch eine Reihe Anträge Annahme, so u. A. der, welcher den Mitgliedern auch Rechtsschutz in Streitigkeiten gewähren will, die sich auf Invaliditäts- und Krankenversicherungsgesetz beziehen; desgleichen ein Antrag Bremen: „Bei nothwendigem Ortswechsel ist an verheirathete Kollegen eine Unterstützung bis zur Hälfte der Umzugskosten, aber nicht über M. 30 zu gewähren. Die Entfernung vom bisherigen Wohnsitz muß mindestens 30 Kilometer betragen und darf nur einmal innerhalb zwei Jahren gewährt werden." Die Karenzzeit für den Bezug der Reiseunterstützung ist auf ein Jahr festgesetzt; außerdem sollen die reisenden Mitglieder, soweit sie unterstützungsberechtigt sind, verpflichtet sein, bei Verlust der Unterstützung ihnen in umliegenden Orten einer Zahlstelle angewiesene Arbeit anzunehmen. Die Art und Zeit der statistischen Erhebungen bestimmt der Verbandstag. Die nächste wird für das Jahr 1897 aufgenommen.

Bezüglich der Agitation findet eine Resolution Annahme, wonach die bestehenden Agitationskommissionen bestehen bleiben, nicht aber obligatorisch eingeführt, auch nicht aufgehoben werden sollen. Eine Resolution Lübeck, die Bezirkskonferenzen möchten soviel wie möglich eingeschränkt werden, findet fast einstimmig Annahme. Alle Anträge auf Erhöhung und Ermäßigung der Lokalantheile werden abgelehnt. Die Verbandstage werden künftig nur alle drei Jahre stattfinden. Außerdem ist beschlossen, daß die Urabstimmung auf alle Verbandstagsbeschlüsse, nicht nur auf Erhöhung resp. Erniederung der Beiträge 2c., sondern auch auf Erhöhung und Ermäßigung der Leistungen des Verbandes eingeführt werde. Eine Reihe gestellter Anträge die Zeitung betreffend, wurden abgelehnt, einer derselben der Redaktion zur Berücksichtigung empfohlen. Hierauf wird die Resolution Lübecks, die Arbeitslosenunterstützung, zur Debatte gestellt. Dieselbe wird mit großer Majorität angenommen. Eine Gegenresolution Roßkopf-Nürnberg, welche sich prinzipiell gegen jede Arbeitslosenunterstützung erklärt, wird abgelehnt.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung, „Stellungnahme zum internationalen Holzarbeiterkongreß", berichtet Kloß, daß er die Holzarbeiter Deutschlands auf dem internationalen Kongreß 1893 in Zürich vertreten habe, und theilt die Beschlüsse bezüglich Reise- und Streikunterstützung mit. Vom Kongreß sei er als Sekretär gewählt worden und liege ihm nun die Pflicht ob, den im nächsten Jahre in Amsterdam oder Antwerpen stattfindenden internationalen Holzarbeiterkongreß einzuberufen. Wenn der Verbandstag auf eine besondere Vertretung auf diesem verzichte, wovon er der hohen Kosten wegen abrathe, so wolle er die Vertretung übernehmen, da er ohnehin dort sein müsse. Der Verbandstag ist mit der angebotenen Vertretung einverstanden. Da eine erhöhte Auflage der Mainummer der „Holzarbeiterzeitung" zur Agitation nicht gewünscht wird, soll demnächst ein Flugblatt zur Verbreitung gelangen.

Damit sind die Geschäfte des Verbandstages erledigt.

Kloß hielt noch eine kurze Ansprache und schloß mit einem begeistert aufgenommenen dreimaligen Hoch auf die internationale organisirte Arbeiterschaft den ersten Verbandstag.

Sozialpolitische Rundschau.

Die Umsturzvorlage wird am Montag, den 6. Mai, im Reichstage zur Berathung kommen. Es ist, wie von verschiedenen Seiten gemunkelt wird, nicht unmöglich, daß das Zentrum nicht geschlossen für die Vorlage stimmen wird. Sicherlich werden die Wähler ihren Abgeordneten gründlich eingeheizt haben, daß sie wenigstens sich der Stimme enthalten werden. Am 5. Mai findet in Berlin ein Städtetag statt, welcher gegen das Umsturzgesetz Stellung nehmen wird. Ein Aufruf an die Bürgermeister und Magistratsmitglieder aller deutschen Städte ist erlassen worden, mit der Aufforderung, sich an der Protestkundgebung zu betheiligen.

Reichstagswahlsieg. Der Dresdener Landkreis ist von der Sozialdemokratie erobert, der Genosse Horn ist mit 16 516 Stimmen gewählt worden. Wenn die sächsische Regierung in dem bisherigen Geiste weiter arbeitet, dürfte die Sozialdemokratie noch weitere Siege zu verzeichnen haben. Nur frisch darauf los, das arbeitende Volk ist's zufrieden, es wird auf jede reaktionäre That eine frisch-fröhliche Antwort geben.

In **Weimar-Apolda** kommt der Sozialdemokrat mit dem Kandidaten vom Bunde der Landwirthe in Stichwahl. Nur mit Hülfe des Freisinns wäre ein Sieg möglich, aber wie bekannt, ist auf den nicht zu rechnen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachung des Ausschusses.

Die Zahlstelle Berlin hat in ihrer Mitgliederversammlung am 22. April die Wahl des Ausschusses vollzogen. Gewählt wurden die Mitglieder: **Hinz, Schneider, Fröhlich, Neumann, Grunert, Landsky, Dost, Koblenzer** und **Schmidt.**

Bei der Konstituirung des Ausschusses wurde der Kollege Schmidt zum Vorsitzenden ernannt. Mithin sind alle Zusendungen, betreffend den Ausschuß, an den Kollegen **Robert Schmidt, Berlin SO., Naunynstr. 40,** zu richten.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Spremberg. Kollegen, es ist recht bedauerlich, daß die Versammlungen immer so schwach besucht sind, und namentlich von den älteren Kollegen; das darf so nicht weiter gehen. Am 6. Mai findet eine Gewerkschaftsversammlung statt. Es soll dort ein Gewerkschaftskartell gebildet werden, und ersuchen wir deshalb alle Kollegen, am Platze zu sein. Laßt die Interesselosigkeit fahren und thut Eure Schuldigkeit.

Delmenhorst. Mitte vorigen Monats fand hier eine Zusammenkunft der Agitationskommission der Tabakarbeiter, einer gleichen Kommission des Holzarbeiterverbandes, beide aus Bremen, und mehrerer im Vordergrund der Arbeiterbewegung stehender Parteigenossen aus Delmenhorst statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Betreibung einer gemeinschaftlichen Agitation im Großherzogthum Oldenburg. 2. In welcher Weise ist diese Agitation am zweckmäßigsten zu betreiben? — Nachdem die Sitzung eröffnet war, wurde von einem Vertreter der Tabakarbeiter ungefähr Folgendes ausgeführt: Es dürfte Vielen der hier Anwesenden bekannt sein, daß der Unterstützungsverein deutscher Tabakarbeiter seit seiner letzten Generalversammlung eine Institution geschaffen, durch die in den verschiedensten abgetheilten Gebieten Agitationskommissionen gegründet wurden. Nun hat auch in Bremen eine derartige Kommission ihren Sitz. Diese beschäftigte sich schon in mehreren Sitzungen damit, zunächst im Großherzogthum Oldenburg, jenem schwarzen Lande, in welchem ein sehr großer Theil der Bevölkerung noch in den Klauen des Klerus liegt, eine energische Agitation zu entfalten. Da nun die Agitationskommission des Holzarbeiterverbandes in derselben Weise vorzugehen beschlossen hatte, so hielten wir es für richtig, die Agitation gemeinschaftlich zu betreiben, und gaben Veranlassung, daß dieserhalb eine Besprechung stattfinde. Sich an dieser Besprechung zu betheiligen, wurde der Vertrauensmann des dritten Oldenburger Wahlkreises eingeladen, aber auch zugleich aufgefordert, noch mehrere im Vordergrunde der Arbeiterbewegung stehende Genossen zur Theilnahme an obiger Zusammenkunft zu veranlassen. Wir betrachten die Gewerkschaftsbewegung als Mittel zum Zweck und nicht als Selbstzweck. In industriellen Gegenden, wo von einer Arbeiterbewegung bisher noch nichts zu finden war, glauben wir besser im Stande zu sein, zunächst die Massen gewerkschaftlich zu organisiren, als sie gleich für die politische Bewegung zu gewinnen. Es kommt darauf an, daß in den zu gründenden Organisationen von vornherein der Keim gelegt wird; daß eine endgültige Befreiung der Arbeiterklasse nur durch Erringung der politischen Macht möglich ist. Der Arbeiter soll in den Gewerkschaften, die wir zu gründen gedenken, zum Klassenbewußtsein erzogen werden. Es muß ihm klargelegt werden, daß es seine moralische Pflicht ist, alle die Bestrebungen zu fördern, die auf eine Umgestaltung der heutigen Produktionsweise abzielen, indem es nur dadurch möglich ist, für alle Menschen ein wahres, menschenwürdiges Dasein zu schaffen, wenn man die Gesammtheit in den Besitz der Arbeitsmittel bringt, die sich leider jetzt in den Händen Einzelner befinden. Wir haben nun das Bewußtsein, daß man gegen gewerkschaftliche Organisationen, die auf Grund der hier angegebenen Voraussetzungen gegründet werden, auch als Parteigenosse nichts einwenden kann, und ließen wir deshalb auch die Einladung ergehen, daß sich Parteigenossen an unserer Berathung betheiligen sollen, um mit uns Hand in Hand zur gedeihlichen Entwickelung der Arbeiterbewegung beizutragen. Was nun die Art der Agitation anbetrifft, so wird zu erwägen sein: Ob man durch Versammlungen, durch Verbreitung von Flugblättern oder Broschüren, oder durch eine Hausagitation vorgehen will. Jedenfalls werden alle Arten der Agitation nöthig sein. Es kommt nur in Frage, an welchen Orten diese oder jene Art die zweckmäßigste ist. — Nunmehr entspinnt sich eine äußerst lebhafte Diskussion, an der sich alle Anwesenden betheiligen. Es ist zu ersehen, daß man allseitig von dem Gedanken beseelt ist, für die Weiterentwickelung der Arbeiterbewegung mit voller Kraft einzutreten. Besonders wurde betont, daß es darauf ankomme, Aufklärung unter die Massen zu bringen, und von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, sei jede Organisation, die den Geist der modernen Arbeiterbewegung in sich trage, zu begrüßen. Es komme nicht darauf an, welche Berufe zunächst organisirt würden, man müsse überall, wo es möglich ist, Anhaltspunkte zu finden, den Versuch machen, diese oder jene Arbeiter zu organisiren. Im Weiteren wurde dann noch besonders hervorgehoben, daß wir nur eine Arbeiterbewegung kennen, das sei diejenige Bewegung, die auf ihre Fahne Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit geschrieben hat. In dieser Weise komme es weniger darauf an, ob man die zu gründenden Organisationen Gewerkschaft oder Partei nenne. Jede werde dazu beitragen, daß der Untergang der bürgerlichen Gesellschaft beschleunigt werde. Die eine Organisation müsse aus der anderen Vortheile, mit einem Wort: Kraft schöpfen. Der Vertrauensmann des 3. Oldenburger Wahlkreises wird nun beauftragt, bei den Vertrauensmännern der übrigen Oldenburger Wahlkreise Erkundigungen einzuziehen, welche Industrie an diesen oder jenen Orten besonders vorherrschend ist. Es sollen möglichst Adressen von zuverlässigen Personen, die an den betreffenden Orten in Arbeit stehen, angegeben werden. Im Weiteren aber sollen auch Angaben darüber gemacht werden, in welcher Weise man hier oder dort am praktischsten vorgeht. Das Resultat dieser Erkundigungen soll dann der Agitationskommission der Tabakarbeiter, sowie derselben Kommission des Holzarbeiterverbandes zugänglich gemacht werden. Nachdem so die Angelegenheit zur Zufriedenheit Aller geregelt war, wurde die Zusammenkunft mit einem dreifachen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung geschlossen.

Ingolstadt. Im Interesse der reisenden Kollegen erlauben wir uns, sie auf einige Werkstätten hinzuweisen, in denen nur recht niedrige Löhne gezahlt und recht lange dafür gearbeitet werden muß. Die eine ist die des Herrn Joseph Liegel. Der horrende Lohn von M. 2,20 bis 2,50 pro Tag bei einer Arbeitszeit von zwölf Stunden dürfte wohl kaum eine Anziehungskraft auf die Kollegen ausüben, namentlich auf die Mitglieder des Verbandes, in dieser Werkstätte Arbeit zu nehmen. Da nun die Kollegen, welche dort arbeiten, sich an den Meister wandten, um eine zehnstündige Arbeitszeit einzuführen, sagte der Herr Liegel, daß dies bei ihm nicht eingeführt würde und jetzt, da er viel Arbeit hätte, könn er es überhaupt nicht zugeben. Daraufhin kündigten drei Kollegen, und dem Vierten, welcher nahezu zwei Jahre dort in Arbeit steht, kündigte er selber, weil er glaubte, derselbe wäre der Aufwiegler. Nun, wir glauben, daß es bei einer solchen Arbeitszeit und so hohem Lohn keines Aufwieglers bedarf, um sich eine angemessene Arbeitszeit zu verschaffen. Doch wir haben noch mehr solcher Musterwerkstätten, und zwar die des Herrn Schreiner- und Glasermeisters Funk am Zentralbahnhof, welcher seinen Gesellen einen Wochenlohn von M. 3 bis 4 bei ebenfalls zwölfstündiger Arbeitszeit zahlt. Garnicht recht einleuchtend ist dem Herrn, daß sich unsere Kollegen dem Verbande angeschlossen haben. Viel lieber wäre es ihm schon, wenn dieselben im katholischen Gesellenverein wären, welchen er warm empfiehlt. Wir bitten die reisenden Kollegen, alles Umschauen zu unterlassen und sich bei der hiesigen Verwaltung über die Zustände am Orte zu orientiren.

Passau. „Wenn Ihr mit Eurem Lohn nicht auskommen könnt, so wendet Euch an Eure Gemeinde um Unterstützung!" Mit diesem menschenfreundlichen Bescheid entließ der erste Direktor, Wagner, der Parketfabrik Seilerwöhr (Berliner und Passauer Fabriken für Parket und Holzbearbeitung) eine Deputation von Arbeitern, die bei ihm um Aufbesserung ihres Lohnes vorstellig wurde. Arbeiten, und zwar arbeiten in der angestrengtesten Weise, in Wolken von Eichenstaub, Verarmung und Verelendung herbeiführend, und dann auf Armenunterstützung angewiesen werden, das ist die Folge einer in's Sinnlose ausgedehnten Produktion — ein beredtes Spiegelbild unserer verrotteten Gesellschaftszustände. Es dürfte kaum eine Fabrik geben in dieser Branche, die es wagt, ihren Arbeitern derartig elende Löhne zu zahlen, als diese Aktiengesellschaft. So verdienten die Arbeiter in der vergangenen Woche M. 7—10. Sieben Mark in der Woche erhält ein Arbeiter, der ein Weib und acht Kinder zu ernähren hat! „Heilig ist die Familie, heilig das Eigenthum," so plärren die Pichler und Konsorten aller Orten und „Nieder mit der Sozialdemokratie," so tönt es im Chore ihnen nach. Von den Arbeitern erhalten wir folgende Aufschlüsse: Früher wurde im Tagelohn gearbeitet und verdienten hierbei die an den Hobelmaschinen Beschäftigten täglich M. 2,80—4, an Abkürzsegen und Abrüstmaschinen M. 2,60 bis M. 2,80, während die Tagelöhner pro Stunde 20 ₰ erhielten. Am 3. November vorigen Jahres wurde die Akkordarbeit und zugleich die achtstündige Arbeitszeit eingeführt. Für den Quadratmeter wurden 13 ₰ bezahlt, wobei die Arbeiter bei großer Einschränkung in ihrer Lebenshaltung immerhin noch auskamen. Es dauerte aber nicht lange, so gelang es den Bemühungen des technischen Leiters, Herrn Schmiedbauer, pro Quadratmeter weitere 2 ₰ zu streichen. Die Arbeiter mußten einen Kontrakt unterzeichnen, demzufolge sie sich mit der Verschlechterung einverstanden erklärten. Noth und Elend zog nun vollends ein. Aber da geschah das Unerhörte. Ohne die Arbeiter zu fragen, wurde ihnen ohne Weiteres nochmals 1 ₰ abgezogen, so daß gegenwärtig nur 10 ₰ bezahlt werden. Dabei wimmelt es in den Komptoirs von gut bezahlten Direktoren 2c., und selbst die Vorarbeiter erhalten im Verhältniß zu den Arbeitern ganz horrende Löhne, z. B. ein Herr W., der M. 62,50 verdient, die Arbeiter aber nagen am Hungertuche und müssen mit M. 7 bis 10 wöchentlich sich und ihre Familie ernähren. Wenn die Verhältnisse sich nicht bald ändern, so werden die Arbeiter ganz energisch in den Lohnkampf eintreten müssen. Bei solchen Löhnen dürfen wir kaum noch betonen, daß Zuzug ferngehalten werden soll. Selbstverständlich lassen sich die Arbeiter eine solche Behandlung nicht mehr gefallen, da eine solche Arbeit doch nur ein langsames Verhungern ist.

Apenrade. In unserer am 27. April stattgefundenen Mitgliederversammlung wurde beschlossen, am Sonntag, den 5. Mai, einen gemeinschaftlichen Ausflug nach dem Knaap zu unternehmen. Kollegen, durch Eure Zustimmung, an diesem Tage das Maifest zu feiern, übernehmt Ihr die Verpflichtung, alle Mann zu erscheinen. Seid also Mittags 1½ Uhr bei Luppi, von wo aus der Abmarsch stattfindet.

In der Privatklagesache

des August Franke, Privatklägers, gegen den A. Röske, Angeklagten, wegen Beleidigung, hat das Schöffengericht III zu Hamburg in der Sitzung vom 7. Dezember 1894, an welchem Theil genommen haben: 1. Amtsrichter Dr. Hinrichsen als Vorsitzender, 2. A. Josef, 3. P. Hofmann als Schöffen, Witt als Gerichtsschreiber, für Recht erkannt: Der Angeklagte wird wegen Beleidigung des Klägers, begangen in Nr. 31 der „Holzarbeiter-Zeitung" vom 5. August 1894 auf Grund §§ 185, 186, 200 St. G. B. 503 St. P. O. zu einer Geldstrafe von M. 100, im Nichtzahlungsfalle 10 Tagen Gefängniß und in die Kosten des Verfahrens einschließlich der dem Kläger erwachsenen nothwendigen Auslagen verurtheilt.

Dem Privatkläger wird die Befugniß zugesprochen, den entscheidenden Theil dieses Urtheils einmal auf Kosten des Angeklagten in der „Holzarbeiter-Zeitung" öffentlich bekannt zu machen, und zwar innerhalb 2 Wochen nach Zustellung des Urtheils. Dem Privatkläger ist auf Kosten des Angeklagten eine Ausfertigung dieses Urtheils zu ertheilen.

gez. Dr. Hinrichsen. gez. Witt.

Eingesandt.

Erklärung.

Die Nummer 15 der „Holzarbeiter-Zeitung" enthält ein „Eingesandt" des Kollegen F. Schwarz aus Kempten, worin bitter Klage geführt wird, daß ich zu der am 31. März daselbst arrangirten öffentlichen Holzarbeiterversammlung als Referent nicht erschien. Hierzu erkläre ich Folgendes:

Das bayerische Agitationscomité ersuchte die Zahlstellen Kaufbeuren und Kempten, öffentliche Holzarbeiterversammlungen einzuberufen, und erklärten denn auch die beiden Bevollmächtigten ihre volle Zustimmung, daß die Versammlungen am 30. bezw. 31. März cr. stattfinden sollten. Während nun letztere Zahlstelle uns die Mittheilung machte von den thatsächlichen Arrangements der Versammlung, erhielten wir von ersterer trotz Mahnung keine Antwort. Es war also zu entscheiden, ob es sich nun empfiehlt, wegen einer verhältnißmäßig kleinen Zahlstelle, nachdem uns Kaufbeuren im Stiche ließ, diese große Reise zu unternehmen, deren Kosten mindestens auf M. 25—26 zu stehen gekommen wäre. Im Einverständniß des Vorsitzenden des bayerischen Agitationscomités kam ich zu dem Entschluß, die Reise nicht zu unternehmen und per Eilbrief die Kemptener Kollegen hiervon zu benachrichtigen. Ich machte auch ferner die Mittheilung, daß die Versammlung etwa 14 Tage nach Ostern stattfinden solle.

Wir bedauern sehr, daß die Angelegenheit so ungünstig für Kempten ausfiel, aber irgend welche böse Absicht hatten wir hierbei nicht. Ganz und gar unnöthig aber war es, eine solche harmlose Sache vor die Oeffentlichkeit zu bringen und gewissermaßen das Agitationscomité so hinzustellen, als verletze dasselbe seine Pflicht. Insbesondere war es unnöthig, mir, freilich nur indirekt, Pflichtverletzung vorzuwerfen. Ich nehme meine Aufgaben ernst und unternehme nur dann solche Agitation, wenn der Erfolg wenigstens annähernd den aufgewendeten finanziellen und persönlichen Mühen gleichkommt. Das aber kann ich noch erklären, daß ich es als nichts weniger als anständig betrachte, mir, wenn ich eine sparsame Wirthschaft mit Arbeitergroschen empfehle, persönlich öffentliche Vorwürfe zu machen.

Nürnberg. **Walther Roßkopf.**

Verband deutscher Korbmacher.

Achtung!

Wegen Lohndifferenzen ist der Zuzug nach **Friedrichsfelde** bei Berlin streng fernzuhalten. **Der Vorstand.**

Streiks und Lohnbewegung.

Achtung! Wer dem Sprüchwort huldigt, daß jeder Arbeiter seines Lohnes werth ist, der versäume nicht, bei dem Schreiner und Bildhauer Moser in Offenbach in Arbeit zu treten. Das hiesige Gewerbegericht konstatirt in verschiedenen Urtheilen Moser contra seiner Gesellen, daß von ihm nichts zu holen ist. Im Uebrigen wird gebeten, nur in der Zentralherberge der Gewerkschaften zu verkehren.

Achtung, Tischler! Zuzug nach Konstanz ist fernzuhalten, weil die Kollegen die Einführung der 10stündigen Arbeitszeit planen.

Achtung, Korbmacher!

Der Zuzug von Korbmachern nach Friedrichsfelde ist wegen Lohnreduzirung fernzuhalten. J. A.: F. Kummer.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Der Ausstand der Bürstenarbeiter in Offenburg ist beendet und zwar durch die Vermittelung des Fabrikinspektors. Die wesentlichen Forderungen sind bewilligt.

In Lübeck stehen die Maler, in Aachen wieder 100 Weber im Ausstand.

In Dortmund streiken die Maler. Mehrere Meister haben bewilligt. Die Behörde trägt zur Verminderung der Zahl der Streikenden kräftig bei, indem sie die Streikführer verhaftet.

In Nürnberg dauert der Streik der Metallarbeiter bei Matschütz & Co. unverändert fort. Die Unterhandlungen mit den Unternehmern waren resultatlos.

Der Streik der Stettiner Steinsetzer ist immer noch nicht zu Ende. Doch hoffen sie auf baldige Erledigung, wenn Hülfe nicht ausbleibt und Zuzug ferngehalten wird.

Am 8. April legten in Altwasser, Schlesien, **300 Porzellan-Dreher und -Maler** in der Tiel'schen Fabrik die Arbeit nieder. Die Löhne für 66stündige Arbeitszeit pro Woche betragen für Dreher M. 5—14, für Halblöhner, die Maschinen bedienen und zu denen Dreher genommen werden, die sich unliebsam gemacht haben, betragen die Löhne M. 5—12, für Knaben und Mädchen, die 10 Stunden arbeiten, M. 1—2; wenn dieselben wegen zu geringen Verdienstes weggingen, fanden sich immer wieder neue. Ebenso schlecht sind die Löhne der Maler, Schleifer, Packer, Brenner und der weiblichen Arbeiter; diese gehen nicht selten mit einem Wochenverdienst von M. 1,50 zu Hause. Die Behandlung ist die denkbar schlechteste. Der Besitzer der Fabrik ist ein steinreicher Mann, der Rittergüter kauft und sich allerlei Extravaganzen erlaubt oder auf gerichtlichem Wege zu erlangen sucht.

Um Fernhaltung des Zuzugs wird dringend gebeten.

In Solingen stehen infolge des Ausstandes der sogenannten Messerausmacher mehrere Fabriken gänzlich still.

In Bremerhaven, Lehe, Geestemünde wollen die Sattler versuchen, Kost und Logis abzuschaffen.

In Kopenhagen warnen Klempner, Maler und Zinngießer vor Zuzug.

Der Londoner Schuhmacherausstand ist durch einen von der Regierung veranlaßten Vergleich beendet.

Vom Kriegsschauplatz der Wienerberger Ziegelarbeiter. Der Streik von 12 000 Proletariern, die sich zur Beseitigung von geradezu menschenunwürdigen Zuständen aufrafften, veranlaßt die Wiener Geldsackpresse, sich wieder in ihrer

ganzen Schändlichkeit bloszustellen. „Das Fachblatt für Drechsler" schreibt darüber weiter:

Blut ist geflossen, Arbeiterblut, und kein Mittel ist unseren Schmöcken zu schlecht, um Diejenigen, die dieses Blut verschulden, reinzuwaschen. Die Streikenden werden als wahre Räuberhorden hingestellt, vor denen kein anständiger Mensch seines Lebens sicher ist. Die Wächter der Sicherheit und Ordnung werden von diesen Horden täglich „lebensgefährlich bedroht". Ja, Schmock hat sogar eine neue Type gefährlicher Menschen erfunden: Den Arbeiter, welcher die Sicherheit und Ordnung des Staates mit einer „Latte" bedroht. Dabei will es ein merkwürdiger Zufall, daß die so gefährlich Bedrohten stets mit heiler Haut davonkommen, während den drohenden Arbeitern die Köpfe eingeschlagen werden. Und nicht nur Arbeiter, auch Frauen, schwangere Frauen, lernten die Energie unserer Ordnungswächter kennen. Sehr charakteristisch für die Gemüthsrohheit unserer Preßknechte ist folgende Notiz im „Neuen Wiener Tagblatt":

„Gestern Vormittag 11 Uhr kamen etwa tausend Streikende zum Ziegelwerke Roth-Neusiedl. Einige versuchten die Ziegel zu zerschlagen (In Wirklichkeit wollten sie blos kontroliren, ob keine Streikbrecher im Werke sind. D. R.), was die anwesenden Gendarmen verhindern wollten. Ein Postenführer erhielt von dem Ziegelschläger Urbanek mit einer Latte einen Schlag auf den Kopf. Urbanek wollte einem zweiten Gendarm das Gewehr entreißen. Letzterer zog vom Leder und spaltete ihm den Kopf. Nach diesem Zwischenfalle entfernten sich die Streikenden."

Die Nummer der „Arbeiter-Zeitung", welche einen Bericht von Augenzeugen über diesen „Zwischenfall" brachte, fiel dem Staatsanwalt zum Opfer. Vorstehende Notiz wurde selbstverständlich nicht konfiszirt. In den Augen dieser Preßbestie ist es weiter nichts als ein „Zwischenfall", wenn einem Arbeiter der Kopf gespalten wird. Und dieser selbe gemüthsrohe Bengel ist im Stande, einen rührenden Leitartikel über den Schnupfen irgend einer hochgestellten Persönlichkeit zu dichten. Pfui, Teufel! über solche Preßhyänen.

In Budapest ist die Sperre über die erste ungarische Nähmaschinen- und Fahrradfabrik verhängt. Zuzug ist fernzuhalten. Daselbst sind auch seit dem 2. März zirka 400 Steinmetzen ausgesperrt. Unterstützungen an die Redaktion des „Steinmetz", Budapest, Kemnitzerstr. 6.

In der Schweiz ist der Uhrenarbeiterausstand in Grenchen immer noch nicht beendet. Den Ausständigen haben sich zirka 500 Arbeiter der Uhrenfabrik Langendorf angeschlossen. In Luzern streiken die Zimmerer und Brauer. In Luzern die Küfer. Forderung 27 Fr. Wochenlohn bei 10stündiger Arbeitszeit und Freigabe des 1. Mai. In Bern veranlaßte die Verhängung des Boykotts 3 große Brauereien, den Brauern die gewünschten Zugeständnisse zu machen. In Zürich erzielten Schmiede- und Wagnergehülfen die 10 stündige Arbeitszeit und Freigabe von Kost und Logis. Ob auch der tägliche Minimallohn von 4 Frks. 50 pCt. Lohnzuschlag für Ueberstunden ꝛc. bewilligt wird, dürfte sich erst am 1. Mai herausstellen, denn bis dahin wird Antwort verlangt.

In Paris streiken die Omnibusbediensteten.

Gewerkschaftliches.

Eine recht lahme Vertheidigung, oder richtiger gar keine versucht der „Gewerkverein" in der Nummer vom 19. April auf unsere Artikel „zum Ausstand in Schmölln". Er ist empört darüber, daß wir den armen, unschuldigen Zentralrath angerempelt haben, der, wir geben zu, „ganz rein unschuldig" ist. Nicht der Zentralrath der Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine war es, der den Herrn Bahlke nach Schmölln delegirte, um die streikenden Gewerkvereinler zur Arbeit zu kommandiren, sondern sein Generalrath hat ihn dahin entsandt, das kümmert die Herren im Zentralrath freilich nicht, die sitzen da oben und waschen ihre Hände in Unschuld wenn ihre Räthe zweiten Ranges die Arbeitersache verrathen.

Der „Gewerkverein" schreibt wörtlich: „Herr Bahlke ist nicht vom Zentralrath, sondern von seinem Generalrath nach Schmölln delegirt worden. Was hierüber Unwahres behauptet worden ist, hat bereits seine Zurückweisung gefunden, eine verlogenere Behauptung aber als die, „der Zentralrath habe die Schmöllner Genossen zur feigen Unterwerfung und zum Verrath an ihren Brüdern gezwungen" giebt es nicht. Aehnlich stark gelogen ist jedenfalls auch die Behauptung, daß von den 27000 (?) Mitgliedern des Holzarbeiterverbandes 10000 arbeitslos sein sollen".

Bestehen bleibt trotzdem, daß nicht der Zentralrath, sondern der Generalrath die Schmöllner Genossen zur feigen Unterwerfung und zum Verrath an ihren Brüdern gezwungen hat. Auf den Schlußsatz, die Mitgliederzahl, das Fragezeichen und die Arbeitslosen betreffend, sind wir dem „Gewerkverein" keine Antwort schuldig. Die Wahrheit bezüglich der Mitgliederzahl beweist die Abrechnung und von der Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern des Holzarbeiterverbandes haben die Herren Zentral- und Generalräthe und ihre lammfrommen Anhänger keine Ahnung. Wir dürfen getrost behaupten, daß die Zahl der Arbeitslosen noch vielfache Hunderte mehr betragen hat.

Ein Kongreß der Maurer tagte in Halberstadt. Vertreten waren 97 Städte mit zu. 65000 Maurern durch 52 Delegirte. Gegen den Geschäftsbericht des Generalbevollmächtigten war nichts von Bedeutung einzuwenden. Eine lebhafte Debatte entwickelte sich über den Antrag, eine Kommission zu wählen, welche den Versuch unternehmen soll, eine Einigung unter den Maurern Deutschlands herbeizuführen. Da die größte Zahl der Redner jedoch der Meinung war, daß ein Streit über die Organisationsfrage thatsächlich nicht mehr existire, hielten sie eine Kommission für überflüssig und gingen, laut einem Antrage, zur Tagesordnung über.

Ein wichtiger Punkt der Tagesordnung war: Unfallversicherungsgesetz und Unfallverhütung. Hierzu wurde folgende Resolution angenommen:

„Der Kongreß erklärt, daß die deutsche Reichsregierung und der Reichstag verpflichtet sind, im Interesse der baugewerblichen Arbeiter eine Ausgestaltung des Unfallversicherungswesens nach Maßgabe folgender Forderungen auf gesetzlicher Grundlage durchzuführen: 1. Aufhebung der jetzigen, absolut zweckwidrigen Organisation der Unfallverhütung und der Feststellung durch die Berufsgenossenschaften; 2. Einführung der obligatorischen, durch das Gesetz ausdrücklich vorzuschreibenden und zu regelnden Unfallverhütung; 3. in Verbindung damit Einführung der obligatorischen regelmäßigen Ueberwachung und Kontrole sämmtlicher Baubetriebe durch aus öffentlichen Mitteln zu besoldende, mit entsprechenden Befugnissen ausgestattete und — wie die Fabrikinspektoren — vom Unternehmerthum grundsätzlich unabhängige Beamte. Mindestens die Hälfte dieser Beamten ist nach gesetzlich vorzuschreibendem Modus, welcher jede Beeinflussung durch Behörden und Unternehmer ausschließt, von der baugewerblichen Arbeiterschaft frei zu wählen, während die übrigen von den zuständigen Behörden zu ernennen sind, jedoch mit der Maßgabe, daß die Ueberwachung und Kontrole, sowie die Betheiligung an Feststellung der Art, der Ursachen und Folgen des Unfalles von beiden Beamtenkategorien gemeinsam ausgeübt wird."

Ein weiterer Punkt war die „Gesetzliche Sicherstellung des Arbeitslohnes". Nach einem Referat wurde folgende Resolution angenommen:

„Der Kongreß spricht die Ueberzeugung aus, daß die Zusicherung eines Pfandrechtes an die Arbeiter der Baubetriebe, wie die selbstständigen Gewerbetreibenden als Schutz gegen schwindelhafte Bauunternehmer es beanspruchen, zwar prinzipiell durchaus anzuerkennen ist, aber rücksichtlich des praktischen Werthes den Interessen der Arbeiter nicht genügt. Die Arbeiter dürfen zwecks Erfüllung ihrer Ansprüche aus geleisteter Arbeit nicht auf umständliche und langwierige gerichtliche Prozeduren angewiesen sein, wie sie die Erledigung pfandrechtlicher Ansprüche mit sich bringt; sie haben das größte Interesse daran, möglichst schnell zu ihrem verdienten Lohn zu kommen, der von Schein- oder Zwischenunternehmern unter dem Vorgeben der Zahlungsunfähigkeit ihnen vorenthalten wird. In Erwägung dessen beauftragt der Kongreß den Generalbevollmächtigten der Maurer Deutschlands, geeignete Schritte einzuleiten, durch welche eine vollständige Sicherstellung des Arbeitslohnes für den Arbeiter herbeigeführt und dem Arbeiter auch schnell zu seinem verdienten Lohn verholfen wird."

Ein Antrag, in einer Petition an den Bundesrath und Reichstag die Forderung auf Einführung des achtstündigen Arbeitstages zu stellen, wurde in der Form bemängelt und beschlossen, daß die in dem Antrage liegende Forderung dem nächsten allgemeinen Gewerkschaftskongreß unterbreitet werden soll. Zu demselben wurden drei Delegirte und zwei Stellvertreter gewählt.

Der Verband deutscher Zimmerer hielt in Stettin seinen 11. Verbandstag ab. Anwesend waren 51 Delegirte und 4 Vertreter des Vorstandes, der Zeitung und des Ausschusses. Nach dem Verbandsbericht zählte der Verband im Jahre 1893 7991 Mitglieder, welche Zahl 1894 auf 8146 stieg. Die Mitgliederzahl vertheilte sich auf 187 Lokalverbände. Nach Berufen gehörten dem Verbande an: 1 Stellmacher, 2 Dachdecker, 16 Hülfsarbeiter, 24 Tischler, 64 Maurer und 8039 Zimmerer. Aus der Abrechnung bringen wir die Bilanz:

	1893	1894
Einnahme . .	M. 69 322,36	M. 70 118,58
Ausgabe . .	„ 50 501 86	„ 43 662,36
Bestand	M. 18 820,50	M. 26 456,22

Vermögensausweis:

In den Zahlstellen Bestand am Jahresschluß 1894	M. 8 086,78
In der Hauptkasse Bestand 1894	„ 26 456,22
Summa	M. 34 543,—

Der Antrag auf Gründung eines Industrieverbandes der Bauindustrie wurde abgelehnt, dagegen folgende Resolution angenommen:

„In Anbetracht der wirthschaftlichen Misère, in fernerer Erwägung, daß unsere jetzige Organisation noch lange nicht so ausgebaut ist, daß die überwiegende Mehrzahl der Zimmerer Deutschlands dem Verbande angehört, beschließt die 11. Generalversammlung, vorläufig von der Gründung des Industrieverbandes Abstand zu nehmen, empfiehlt aber den Delegirten, in ihren Lokalverbänden darauf hinzuwirken, diesen Punkt im Auge zu behalten und weist darauf hin, überall Gewerkschaftskartelle zu gründen, eventuell den schon bestehenden beizutreten, dabei von dem Standpunkt ausgehend, daß dies die Vorschule für den später zu gründenden Industrieverband ist."

Die vorliegenden Anträge auf Verschmelzung der Presse wurden abgelehnt. Beim Punkt: Statutenberathung wurden nur unwesentliche Aenderungen vorgenommen. Zum nächsten Gewerkschaftskongreß wurden vier Delegirte gewählt.

In Magdeburg tagte der deutsche Metallarbeiter-Verband. Anwesend waren 65 Delegirte. Dem Vorstandsbericht entnehmen wir, daß in den letzten zwei Jahren 147 Verwaltungsstellen gegründet wurden und 73 eingingen. Die Gesammtzahl der Zahlstellen beträgt 392. Streiks fanden an 33 Orten statt, an denen 1533 Arbeiter betheiligt waren; 15 sind mit Erfolg, 15 ohne Erfolg verlaufen, von einem ist das Resultat unbekannt und bei zweien noch nicht entschieden. In den zwei Berichtsjahren sind 46 132 Personen dem Vereine beigetreten, während 35 419 ausgetreten resp. ausgeschlossen worden sind.

Ein weiterer Punkt der Tagesordnung war die Verschmelzung mit dem Gold- und Silberarbeiterverband. Die Generalversammlung dieses Verbandes hatte den Uebertritt beschlossen, doch hatte die zur Vollziehung des Uebertritts gewählte Kommission solche Bedingungen gestellt, von denen sie annehmen konnte, daß der Metallarbeiterverband nicht darauf eingehen würde. Diese Annahme traf auch zu und wurde die Verschmelzung abgelehnt.

Eine längere Diskussion entspann sich über die Stellung zur Generalkommission. Trotz des Beschlusses der vorigen Generalversammlung sind an diese keine Beiträge abgeliefert worden. Es wird nun beschlossen, vom 1. Oktober d. J. an die Beiträge zu zahlen und, wenn die finanziellen Verhältnisse es erlauben, auch die restirenden Beiträge nachträglich abzuführen. Eine Arbeitslosenunterstützung wird prinzipiell abgelehnt. Der Beitrag wird für männliche Mitglieder auf 20 ₰ erhöht und zwar mit 48 gegen 11 Stimmen.

Der Verband der Drechsler Böhmens hielt Ende März in Bodenbach seinen Verbandstag ab. Geklagt wurde allseitig über den schlechten Geschäftsgang, unter dem auch die Organisation zu leiden hätte. Beutel aus Aussig wies nach, daß die Organisation nothwendig, weil sie die beste Waffe der Arbeiter im Kampfe gegen die Unternehmer sei. Im Statut wurden verschiedene Aenderungen vorgenommen, so u. A. sollen Diejenigen, welche unverschuldet arbeitslos werden, unterstützt werden. Der Beitrag wurde von 20 auf 40 Kreuzer erhöht, damit der Verband seinen statutgemäßen Verpflichtungen nachkommen könne. Ferner wird beschlossen, das „Fachblatt der Drechsler" in Wien obligatorisch einzuführen.

Gerichts-Chronik.

Das Urtheil im Fuchsmühler Prozeß ist am Sonnabend verkündet worden. Der Prozeß, welcher in Weiden stattfand und zu dem 154 Angeklagte vorgeladen waren und der mehrere Tage währte, ist zu Ungunsten der Angeklagten Fuchsmühler Bauern ausgefallen. 143 Angeklagte wurden wegen Landfriedensbruchs und Forstfrevels, beziehungsweise Anstiftung hierzu, zu 14 Tagen bis 4 Monaten 15 Tagen Gefängniß verurtheilt, drei Personen wurden nur wegen Forstfrevels zu je M. 683,67 verurtheilt. Fünf Personen, die nur wegen Auflaufs angeklagt waren, wurden freigesprochen. Zwei Personen wurden gänzlich freigesprochen. Die höchste Strafe erhielt der Bürgermeister Josef Stock. Die Krämer Pappenberger und Reger, die ebenfalls eine führende Rolle gespielt hatten, wurden zu je 4 Monaten verurtheilt.

In der Urtheilsbegründung sagte der Vorsitzende, die Aufregung der Bauern sei begreiflich, aber nicht so entschuldbar gewesen, daß Straffreiheit hätte erfolgen können. In den Kreisen der unglücklichen Bauern hegt man kurioser Weise noch die Hoffnung, daß eine Begnadigung erfolgen werde. Anklage und Urtheil sind in höchstem Maße geeignet, den bisher stumpfkonservativen und staatserhaltenden bayerischen Bauernstamm von oben bis unten aufzuwühlen. Die Fuchsmühler Affäre wird gute, ja herrliche Früchte zeitigen. Mit Wohlgefallen quittirt die Sozialdemokratie bei nächster Gelegenheit über den Empfang einer reichen Ernte!

Literarisches.

„Der Sozialdemokrat", Zentral-Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW, Beuthstraße 3).

Die Nr. 17 vom 25. April hat folgenden Inhalt: Wochenschau. — Aus den Memoiren eines englischen Geheimpolizisten. — Zitate. — Die Festblätter zum 1. Mai. — Parteinachrichten. — Vermischtes. — Literarisches.

Gedicht von Leopold Jacoby. — Der Achtstundentag. — Staat und Städte als Musterarbeitgeber in England. — Die Maifeier in England. — Aus Belgien. — Maifeier und Verfolgungen in Russisch-Polen. — Der Arbeitertag in Amerika. — Groß- und Kleinbesitz auf dem Lande. — Die Lage der Arbeiter im Kleingewerbe. — Arbeiterorganisationen. — Wie man uns behandelt. — Todtenliste.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, J. H. W. Dietz' Verlag) ist soeben das 30. Heft des 13. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor:

Ein Gedenkblatt zum Maifeste. — Das Proportionalwahlsystem und die deutschen Reichstagswahlen. Von Advocatus. (Fortsetzung.) — „Trilby". Roman von George du Maurier. Besprochen von Julie Zadek-Romm (New-York). — Drachentödtung in fünf Briefen. — Zur Lage der bäuerlichen Grundbesitzer. (Materialien zur Agrarfrage.) Von M. Beer. — Notizen: Die Auswanderung aus Italien. — Feuilleton: Germinie Lacerteux. Von Edmond und Jules de Goncourt. Einzig autorisirte Uebersetzung von Emma Adler. (Fortsetzung.)

„Soziale Praxis, Zentralblatt für Sozialpolitik." (Berlin, Carl Heymann's Verlag) enthält in seiner neuesten Nr. 30 u. A. folgende leitende Aufsätze: Agrarsozialismus in Ungarn. Von Handelskammer-Sekr. Dr. E. R. J. Krejcsi. — Gemeindegesetz und Arbeiterbewegung in Belgien. Von Prof. Dr. E. Vandervelde. — Aus dem Notizentheil heben wir hervor: Staatliche Unterstützung von Produktivgenossenschaften in Baden. — Russischer Gesetzentwurf gegen Handel mit Arbeitshänden. — Ausschußsitzung des Vereins für Sozialpolitik. — Verein zur Bekämpfung sozialistischer Bestrebungen in Posen. — Kommunale Sozialpolitik: Musterarbeiter in städtischen Betrieben. — Arbeitsnachweis in Leipzig. — Statistik städtischer Elektrizitätswerke in Deutschland. — Städtische Verkehrsdeputation für Berlin. — Resolution der Stadtverordneten in Frankfurt a. M. gegen die Umsturzvorlage. — Arbeiterschutz und Gewerbeinspektion. — Armenpflege.

Briefkasten.

Linsburg, F. W. Fragen Sie bei Arnoldi, Hamburg, Rathhausstraße an.

Halberstadt, E. B. Wollen Sie hier Arbeit suchen, denn etwas Anderes ist aus Ihrer Karte nicht herauszulesen, dann wenden Sie sich an den hiesigen Arbeitsnachweis, Rosenstraße 37.

Frankfurt a. M., G. F. Neustadt i. Meckleng. und Sulza, auch Flensburg (Kunsttischlerschule).

Bunzlau, J. K. Das können wir nicht mehr sagen. In der Nummer 8 vom 24. Februar ist in einer Korrespondenz Notiz davon genommen. Das genügt doch wohl.

Eschwege, P. S. Nachdem der Boden sauber geputzt und mit der Ziehklinge abgezogen ist, nehmen Sie den gewöhnlichen Bienenwachs, lösen denselben in Terpentin, jedoch nicht zu dünn, und tragen die Mischung mit einem Lederlappen recht kräftig unter tüchtigem Reiben auf den Boden auf, lassen dann 1—2 Tage trocknen, und bürsten ihn mit einer scharfen Bürste, die über den Fuß geschnallt wird, trocken und blank. 2. Dazu nimmt man, um dem Boden wieder eine frische Farbe zu geben, Eisenfeilspähne zum Abreiben und verfährt wie bei neuen. Wollen Sie das nicht, waschen Sie mit Terpentin das alte Wachs soweit wie möglich ab und verfahren, wie vorhin angegeben.

Kopenhagen, C. M. Olsen. Haben davon Kenntniß genommen und konstatiren, daß nicht Sie, sondern S. C. Olsen, Vorsitzender des Tabakarbeiterverbandes, in den dänischen Reichstag gewählt ist. Gruß.

Cöthen, G. S. 1. Wien, 6. Bez., Kopernikusgasse 12. 2. In jeder größeren Buchhandlung, auch in Ihrem Ort.

Sangerhausen, G. M. Aber, lieber Kollege, das können wir doch nicht wissen, warum im dortigen Verkehrslokal keine Parteizeitung aufliegt.

A. B., 100. Das können wir Ihnen augenblicklich nicht sagen.

Abrechnung der Zentral-Kranken- und Sterbekasse deutscher Korbmacher, Eingeschriebene Hülfskasse Nr. 98, Zeitz.

(Für das Jahr 1894.)

Name der Verwaltungsstelle	Mitgliederzahl	Eintrittsgeld M.	Beiträge I. M.	Beiträge II. M.	Beiträge III. M.	Beiträge IV. M.	Extrasteuer I. M.	Extrasteuer II. M.	Extrasteuer III. M.	Extrasteuer IV. M.	Neue Bücher M.	Verschiedenes M.	Strafgelder M.	Einnahme M.	An die Hauptkasse M.	Kassenbest. 1. Jan. 1894 M.	Gesammt-Einnahme M.
Zeitz	82	12	887	124	100	52	89	—	—	—	—	—	3	1258	170	56	1484
Dresden	53	10	29	327	525	104	75	—	—	—	2	—	—	1073	80	185	1338
Braunschweig	15	4	—	22	159	117	22	—	—	—	—	—	—	326	—	2	328
Brandenburg	24	2	325	—	—	—	24	—	—	—	—	—	1	353	130	108	591
Chemnitz	28	10	80	67	163	191	39	—	—	—	2	—	—	553	—	173	726
Erfurt	16	1	22	44	178	52	21	—	—	—	—	—	3	323	110	37	471
Leipzig	9	2	—	92	82	—	8	—	—	—	—	—	—	136	30	83	249
Schönebeck	23	6	219	28	56	22	25	—	—	—	1	2	—	364	—	13	376
Halle	10	—	52	3	100	—	11	—	—	—	—	—	—	168	38	33	240
Coburg	46	12	11	387	264	135	62	—	—	—	2	—	12	887	—	52	940
Hannover	16	6	13	15	168	59	18	—	—	—	1	—	—	282	—	91	373
Liegnitz	10	13	35	21	17	71	12	—	—	—	2	—	1	175	80	—	255
Friedrichsfelde	11	2	3	58	84	67	10	—	—	—	—	—	3	242	530	83	856
Döben	10	1	19	105	77	—	15	—	—	—	—	—	—	218	50	22	291
Magdeburg	14	4	19	108	—	—	16	—	—	—	—	—	—	263	75	16	355
Bernburg	24	8	18	115	191	99	32	—	—	—	1	—	—	461	—	125	586
Gröplingen	20	9	11	30	118	153	28	—	—	—	1	—	1	354	—	118	473
Bromberg	9	4	15	43	45	69	13	—	—	—	—	—	—	192	—	57	250
Berlin	56	9	—	205	531	483	88	—	—	—	2	—	3	1322	125	183	1630
Einzelmitglieder	40	—	11	179	332	100	44	—	—	—	—	—	1	669	245	5	920
Mühlberg	35	13	35	220	262	—	38	—	—	—	2	—	9	582	100	63	745
Hamburg	43	22	—	71	468	535	83	—	—	—	4	—	—	1185	—	2	1187
Themar	30	8	296	51	12	—	26	—	—	—	1	11	—	406	—	38	445
Crossen	5	3	17	30	36	19	7	—	—	—	—	—	—	114	—	18	132
Nitritz	12	17	33	111	—	—	9	—	—	—	3	2	20	197	70	—	267
Luckenwalde	9	13	11	31	143	—	14	—	—	—	2	—	—	215	20	—	235
Fürstenberg	20	18	4	25	46	16	6	—	—	—	3	—	90	122	—	—	122
Breslau	7	8	—	9	2	3	—	—	—	—	1	—	—	24	—	—	24
Summa...	677	209	2170	2534	4231	2351	857	—	—	—	42	23	59	12479	1853	1575	15908

Name der Verwaltungsstelle	Krankenunterstützung I. M.	Krankenunterstützung II. M.	Krankenunterstützung III. M.	Krankenunterstützung IV. M.	Arzt M.	Apotheke M.	¼ des ortsüblichen Tagelohns M.	Todtenopfer M.	Brillen M.	Bruchbänder M.	Verschiedenes M.	Verwaltungskosten M.	Ausgabe M.	An die Hauptkasse M.	Bleibt Kassenbestand M.
Zeitz	733	18	20	—	51	18	205	—	—	—	—	62	1109	215	160
Dresden	10	266	321	123	88	55	126	80	1	9	13	53	1150	120	68
Braunschweig	—	—	90	22	44	17	—	—	—	—	—	16	190	60	77
Brandenburg	254	—	—	—	—	—	97	—	—	—	—	—	368	100	124
Chemnitz	12	84	—	39	47	9	—	—	2	5	—	27	214	400	112
Erfurt	15	17	95	91	68	28	—	—	—	1	2	16	334	100	36
Leipzig	—	61	—	—	44	12	3	—	—	—	—	6	128	80	40
Schönebeck	79	28	28	23	53	27	6	—	—	—	2	18	265	25	86
Halle	69	8	16	—	5	7	28	—	—	—	—	8	145	90	4
Coburg	4	290	182	55	25	18	92	—	—	—	5	44	718	180	41
Hannover	18	—	37	—	11	6	4	—	—	—	—	8	91	200	82
Liegnitz	—	15	14	83	66	22	5	—	—	—	2	8	219	—	35
Friedrichsfelde	—	—	317	241	69	37	20	—	—	—	6	11	705	105	45
Döben	4	42	67	—	17	13	3	—	3	—	—	10	192	50	49
Magdeburg	14	34	121	—	25	29	15	—	—	—	1	13	254	95	5
Bernburg	1	69	69	—	55	45	—	—	2	4	1	23	271	200	115
Gröplingen	—	5	15	58	8	3	—	—	—	—	—	17	108	270	94
Bromberg	26	—	—	9	18	8	—	—	3	—	1	9	77	87	84
Berlin	—	75	530	88	195	149	—	80	—	9	—	72	1202	200	228
Einzelmitglieder	—	98	308	154	129	90	3	—	—	—	1	20	806	114	—
Mühlberg	—	60	330	—	160	36	—	—	—	3	—	28	619	—	125
Hamburg	140	10	154	320	214	72	—	—	—	—	—	58	960	200	26
Themar	116	22	57	—	7	2	37	—	—	—	1	21	267	120	58
Crossen	24	—	13	—	12	13	—	—	—	—	—	5	67	—	62
Nitritz	16	114	—	—	72	22	20	—	—	—	—	7	255	—	12
Luckenwalde	—	—	11	—	76	38	—	—	—	—	9	6	142	—	93
Fürstenberg	5	11	26	—	7	3	1	—	—	—	—	6	61	30	30
Breslau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	4	—	20
Summa...	1408	1343	2949	1330	1577	791	669	160	12	33	56	606	10938	3043	1926

Ausgabe der Hauptkasse.

Drucksachen:

2000 Stück Statuten	M. 80,—	
1000 Stück Abrechnungsformulare	„ 35,—	
1000 Stück Geschäftsberichte	„ 17,—	
1500 Stück Kouverts	„ 9,75	
4000 Krankenscheine	„ 24,—	
50 000 Stück Quittungsmarken	„ 49,—	
30 Stück Formulare Regierungsberichte	„ 2,10	
An die „Holzarbeiter-Zeitung"	„ 16,—	
		M. 232,85

Buchbinderarbeiten:

21 Stück Bücher gebunden	M. 20,50	
8 Stück Protokollbücher (fertig)	„ 15,78	
6 Stück Kassabücher (Journale)	„ 13,50	
		„ 49,75

Inventarstücke:

6 Stück Quittungsstempel		„ 9,—

Porto und Schreibmaterial

Porto und Schreibmaterial des Kassirers	M. 35,35	
Porto und Schreibmaterial des Vorsitzenden	„ 41,21	
		„ 76,56

Gehälter:

Gehalt des Vorsitzenden	M. 123,—	
Gehalt des Kassirers	„ 123,—	
Gehalt der Revisoren	„ 15,—	
		„ 261,—

Vergütung der Vorstandsmitglieder:

Für 21 Sitzungen und 2 Kommissionssitzungen	M. 65,70	
Für eine Reise des Vorsitzenden nach Chemnitz	„ 9,—	
		„ 74,70

Sonstige Ausgaben:

Zur Deckung des Defizits in Magdeburg		„ 86,25
Summa...		M. 790,11

Einnahme der Hauptkasse.

An Zinsen pro Jahr 1894	M. 162,21
Summa...	M. 162,21

Bilanz.

Die Einnahme pro Jahr 1894 beträgt	M. 12641,83
Dazu Kassenbestand vom Jahre 1893	„ 7162,83
Summa...	M. 19804,66
Die Ausgabe pro Jahr 1894 beträgt	„ 11728 60
Bleibt Kassenbestand am Schlusse des Jahres 1894...	M. 8076,06

Vermögens-Ausweis.

Auf Depositenschein Nr. 16 bei der Stadtkasse	M. 5000,91
Auf Sparkassenbuch Nr. 58092 bei der Stadtkasse	„ 1005,—
Baarbestand in den Verwaltungsstellen	„ 1926,15
Baarbestand in der Hauptkasse	„ 144,—
Summa...	M. 8076,06

Zeitz, den 31. März 1895.

G. Voigt, Kassirer. Louis Walter, Vorsitzender.

Die Revisoren:

Robert Funke. Otto Kahut. Wilhelm Jentsch.

Versammlungs-Anzeiger.

Altona. Am Dienstag, den 7. Mai, Abens 8½ Uhr, bei Wwe. Ebler, Vorderstraße 36. Tagesordnung: 1. Der Streik in Schmölln. (Soll eine Extrasteuer eingeführt werden?) 2. Bericht vom Gewerkschaftskartell. 3. Fragekasten. 4. Verschirdenes.
Die Ortsverwaltung.

Braunschweig. Am Sonnabend, den 11. Mai, Abends 8½ Uhr, im „Rheinischen Hof", Wendenstr. 45.

Bünde. Am Sonntag, den 12. Mai, Nachmittags 2 Uhr. Die Ortsverwaltung.

Dresden. Am Dienstag, den 7. Mai, Abends 8½ Uhr. Oeffentliche Versammlung der Holzarbeiter von Dresden und Umgegend im Restaurant „Zum Bürgerbräu", Altmarkt 8, I. Tagesordnung: 1. Berichterstattung des Delegirten vom Verbandstag. 2. Abrechnung der Einzelmitglieder vom ersten Quartal 1895. 3. Gewerkschaftliches. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Der Einberufer.

Hamburg. Am Dienstag, den 7. Mai, Abend 8½ Uhr, bei Tütge, Valentinskamp. Tagesordnung: 1. Bericht der Delegirten vom Verbandstage. 2. Wahl der Preßkommission. 3. Bericht vom Gewerkschaftskartell.

Neumünster. Am Sonnabend, den 4. Mai, bei Kellermann. Tagesordnung: 1. Aufnahmen. 2. Bericht des Delegirten über den stattgefundenen Verbandstag. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. Die Kollegen werden ersucht, zu dieser Versammlung besonders zahlreich zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Rade vorm Wald. Am Sonntag 12. Mai, Nachmittags 4 Uhr, beim Gastwirth G. Kusel. Das Erscheinen aller Kollegen ist nothwendig. [40 ₰] Die Ortsverwaltung.

Anzeigen.

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstags Vormittags in unseren Händen sein.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bielefeld. Unser Vereinslokal und Herberge befinden sich von jetzt ab in der „Zentralhalle" am Kesselbrink. Der Kassirer **H. Scheel** wohnt Schulstraße 12.

Bochum. Den Kollegen zur Kenntniß, daß unsere Mitgliederversammlungen vom 11. Mai ab alle 14 Tage im Lokale der **Wwe. Fischer, „Germaniahalle"**, stattfinden.

Stettin. Unser Kassirer, **Wilh. Stoldt,** wohnt jetzt: Kronprinzenstr. 18, Hof rechts, p. Derselbe zahlt Reiseunterstützung Mittags von 12—1 und Abends von 7—8 Uhr aus.

Der Tischler **Paul Thieme,** geb. am 13. Januar 1873 zu Kamenz, Buch-Nr. 57578, wird hiermit aufgefordert, seinen Verpflichtungen der hiesigen Zahlstelle gegenüber nachzukommen. Verwaltungsbeamte und Kollegen, welche den Aufenthalt des Th. wissen, werden ersucht, uns davon in Kenntniß zu setzen. [80]
Elberfeld. Die Ortsverwaltung.

Das Mitgliedsbuch Nr. 54986 des Tischlers **Gust. Brüninger** ist demselben auf der Reise abhanden gekommen. Sollte Jemand mit dem Buche Mißbrauch treiben, so wolle man es dem Inhaber abnehmen und an uns einsenden. **H. Schmidt,** Beurlin.
Gardelegen, Nikolaistr. 387. [70 ₰]

Aufforderung.

Der Kollege **Otto Tittel,** geb. 24. 10. 70 zu Zeilendorf, Kreis Teltow, wird hiermit freundlichst aufgefordert, seine Adresse an den Unterzeichneten einzusenden, indem derselbe wichtige Mittheilungen für ihn hat.
Zahlstellen, welchen der Aufenthalt des Obengenannten bekannt ist, werden ebenfalls um Mittheilung ersucht. [M. 1,10]
E. Wiedemann, Berlin, Annenstr. 39.

Das Mitglied **Ludwig Kolaknig,** geb. 9. August 1872 zu Klagenfurt (Kärnten), Buch-Nr. 56810, wird hiermit aufgefordert, seinen Verpflichtungen der hiesigen Verwaltungsstelle gegenüber nachzukommen. Kollegen, welchen der Aufenthalt desselben bekannt ist, werden ersucht, uns die Adresse mitzutheilen.
Offenburg i. B.
A. Schröder, Bevollmächtigter.

Nachruf.

Am 25. April verschied plötzlich unser Mitglied, der Tischlermeister

C. Beek,

im 63. Lebensjahre. Derselbe war uns stets ein treues Mitglied und überzeugter Parteigenosse und wird bei uns in ehrender Erinnerung bleiben.

Zahlstelle Merseburg.

Nachruf.

Am 23. April verstarb nach längerem Leiden unser früherer Kassirer, der Bürstenmacher

Fr. Kühl

im Alter von 25 Jahren an der Proletarierkrankheit.
Die Zahlstelle Elmshorn verliert in ihm ein eifriges Mitglied.
Ehre seinem Andenken!
Die Verwaltungsstelle Elmshorn.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Elberfeld.
Am Sonntag, den 11. Mai 1895:

Zweites Stiftungsfest

auf der „Wilhelmshöhe", bestehend in **Konzert, Vorträgen** und **Ball.**
Entree 50 ₰. Damen frei.
Wozu wir alle Kollegen hiermit freundlichst einladen. [M. 1,80] **Das Festcomité.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Mecrane i. S.
Am Sonntag, den 12. Mai, findet unser

Zweites Stiftungsfest

im Saale des „Thüringer Hof" statt.
Die Mitglieder der umliegenden Zahlstellen sind hiermit freundlichst eingeladen.
Zum Eintritt legitimirt Mitgliedsbuch.
[M. 1,80] **Das Festcomité.**

Carl Schultz, Tischler aus Friedericia. Wo steckst Du?
Dein Bruder **Peter Schultz,**
Flensburg, Angelburgerstr. Nr. 6.

Ein tüchtiger Korkschneider

findet bei mir dauernde Beschäftigung.
Aug. Wulf, Korkfabrik, Osnabrück.

Tüchtige
Bau- und Möbelschreiner

nach **Mülheim a. d. Ruhr** gesucht.

Ein tüchtiger Drechsler

für Massenarbeit finder dauernde Beschäftigung bei **Anton Görnen** in Geising i. S.

Suche noch zwei tüchtige
Korbmachergesellen

auf Wasch- und Reisekörbe z. sofortigen Antritt.
Franz Altmann, Wurzen i. S.

Gesucht sofort
drei Korbmachergesellen

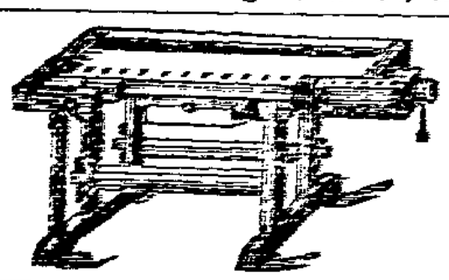
auf dauernde Arbeit.
Chr. Hölscher, Korbmachermeister.
Nienburg a. W.

Drechslerei-Verkauf.

In einem Badestädtchen Hessens, Bahnstation, ist eine Drechslerei mit Fußbetrieb, konkurrenzlos, mit sehr guter Kundschaft, Familienverhältnisse halber für den Spottpreis von M. 1000 sofort zu verkaufen. Offerten unter **J. A. 100** an die Expedition dieses Blattes.

Wer liefert größere Quantitäten Eichenholz-Fahdauben

in den Dimensionen
800 mm lang, 90—100 mm breit, 14 mm dick,
426 mm lang, 120 mm breit, 14 mm dick.
Billigst gestellte Offerten unter M. D. 1974 an **Haasenstein & Vogler, A.-G., Köln.**



Hobelbänke

in sauberer, trockener Waare
empfiehlt
mit Schubkasten und geschmiedeten Bankhaken,
Blatt von 3" Holz, 1" untergeleimt,
cm 155 170 190 200 220
M. 28,— 30,— 33,— 35,— 37,—

Schraubböcke, Schraubzwingen.
Aelteste Werkzeugfabrik
Liegnitz, Schlesien,

Paul Wiesner,

Versand gegen Kasse oder Nachnahme.

STEMPEL

jeder Art aus

Kautschuck und Metall

wie alle dazu gehörigen
Apparate und Farben
liefert in bester und billigster Ausführung
die älteste und renommirteste Firma

COOKE & WEYLANDT
BERLIN, Friedrichstr. 105A

Auf Theilzahlungen:
Petroleum-, Benzin-, Gas-Motoren, Lokomobilen, Dampfmaschinen,
gebraucht und neu, ☞ billigst abzugeben.
Maschinen-Industrie-Komptoir,
Hamburg, 1. Klosterstr. 6.

Für Hausfrauen!

Annahme alter Wollsachen aller Art gegen Lieferung von **Kleider-, Unterrock- und Mantelstoffen, Damentuchen, Buckskins, Strickwolle, Portièren, Schlaf- und Teppichdecken** in den neuesten Mustern, zu billigen Preisen durch
R. Eichmann, Ballenstedt a. Harz.
Leistungsfähigste Firma.
Muster umgehend franko.

Scherm's Reise-Handbuch
für wandernde Arbeiter.
Mit 3 Karten, geb. M. 1,50 (Porto 10 ₰),
d. J. Scherm, Nürnberg, u. a. Buchhdlg.
Vorräthig in der Exped. d. Blattes.

Fachschriften!

Kataloge gratis und franko.
Joh. Saffenbach, Bücherversand, Berlin 4.

Arbeiter!

Nach dem großen Luckenwalder Hutarbeiterstreik führten die organisirten Hutmacher die **Arbeiter-Kontrolmarke** als Kampfmittel ein. Um dieses System wirksam zur Geltung zu bringen und die gemaßregelten Genossen unterzubringen, gründeten dieselben eine eigene Fabrik, die

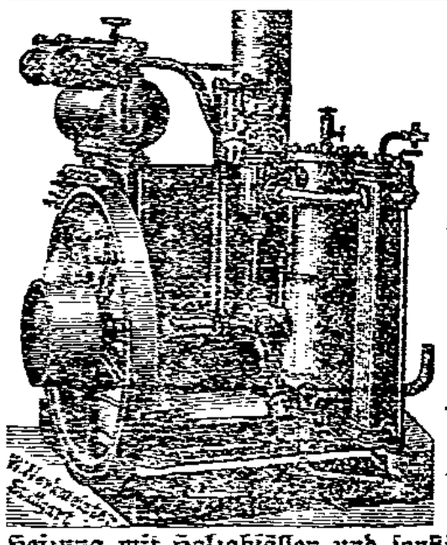
Deutsche Hutfabrik Berlin,

welche zur Zeit 150 Personen beschäftigt. Die Erzeugnisse dieser Fabrik sind **gut** und **preiswerth,** so daß jedes Detailgeschäft im Stande ist, einen guten weichen oder steifen Hut für **3 Mark** zu verkaufen. Jeder Hut trägt unter dem Leder die grüne Kontrolmarke, welche von der Kontrolkommission ausgegeben wird. **Man verlange überall nur Hüte mit Kontrolmarke und verlasse jedes Geschäft, in welchem man durch falsche Vorspiegelung zum Kaufen anderer Waare veranlaßt werden soll.**

Deutsche Hutfabrik Berlin.

Coulissen für Auszugtische

aus imprägnirtem Buchenholz, anerkannt bewährte Konstruktion, liefert billigst
G. A. Gerster in **Mainz, Rich. Lottermann Nachf.**
Fabrik für Zug-Jalousien, Rollläden- u. Garten-Einrichtungen.



Eisenwerke Gaggenau

A.-G. Gaggenau, Baden.
Der beste Motor für
Tischler, Drechsler und alle Holzbearb.-Werkstätten
Dampf-Sparmotor
System **Friedrich.**
Heizung mit Holzabfällen und sonstigem Brennmaterial, kostenfreie Beheizung der Werkstätten u. Trockenstuben mit Abdampf od. direktem Dampf. Za. 1500 Stück im Betriebe. Prospekte kostenlos.

Paul Horn, Hamburg

Fabrik chemischer Produkte.
Comptoir: Hamburg, Admiralitätstrasse No. 23.
Fabrik: Wandsbeck, Zollstrasse No. 39.

Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.
Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den grössten Fabriken dauernd Eingang verschafft.
Paul Horn's wasserechte Beizen in allen Holzfarben, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.
Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polirfähig, dauerhaft, schnell trocknend.
Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.
Paul Horn's Schellack-Politur-Extracte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.
Paul Horn's Patent-Politur zum Reinpoliren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert unt. Garantie d. Oelausschlagen.
Paul Horn's Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht.
Paul Horn's Flintsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.
Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität.
Paul Horn liefert Ia. rectifizirten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrole.
Paul Horn ist ☞ „preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889."
Paul Horn erhielt das ☞ Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.
Paul Horn besitzt das ☞ Ehrendiplom der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1890.
Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.
Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franko.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.